

Bezugspreis:

Bestellpreis 30.— M., monatlich 10.— M.,
für im Haus, sonst jährlich. Post-
bezug monatlich 10.— M., zgl. Post-
gebühren. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich 16.20 M.,
für das übrige Ausland bei täglich
einmal, halbjährlich 21.50 M. Post-
gebühren nehmen an Österreich,
Ungarn, Tschechoslowakei, Däne-
mark, Holland, Preussen, Schweden
und die Schweiz. — Einlegerinnen in
die Post-Verkehrs-Veranstaltung.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Voll u. Reiz“ erscheint wochen-
täglich zweimal: Sonntags und Montags
einmal.

Telegraphen-Adresse
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 5
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197

Freitag, den 14. Januar 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 5
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54

Auflösung der C.G.T.

Paris, 13. Januar. (Gavas.) Das Strafgericht hat in dem gegen den C.G.T. (Allgemeiner Gewerkschaftsbund) eingeleiteten Prozeß das Urteil gefällt. Fouhaux, Laurent, Bapierre, Dumoulin und Calvayrac wurden solidarisch zu 100 Franken Geldstrafe und der Tragung der Kosten verurteilt. Das Gericht hat die Auflösung der C.G.T. ausgesprochen.

Die Vorgeschichte dieses Prozesses führt in die Maitage des vorigen Jahres zurück, als die Zeitung der C.G.T. in den gegen ihren Willen von kommunistischen Wirkkräften entsetzten Eisenbahnerstreik eingriff und sich nach außer hin mit der von vornherein ausnahmslos Bewegung für solidarisch erklärte, in der Hoffnung, einen maßgebenden Rückzug zu ermöglichen. Obwohl der Regierung Willens diese Sachlage wohl bekannt war, ging sie in ihrer reaktionären Ueberseher so weit, die Räume des Gewerkschaftsbundes polizeilich zu schließen und seine Zeitung gerichtlich verfolgen zu lassen.

Das nunmehr verkündete Urteil wird in ganz Frankreich Sensation erregen und die französische Arbeiterklasse aufs tiefste verbittern, wenn es auch praktisch wenig zu bedeuten hat: Die C.G.T. wird sich eben jederzeit unter irgendeinem anderen Namen von neuem bilden können. Es ist natürlich nur ein Zufall, daß dieser reaktionäre Gerichtsbefehl zeitlich mit dem Ausbruch jener Kabinettstürze zusammenfällt, die eine womöglich noch stärkere reaktionäre Welle auslösen dürfte. In dieser Zeit aber, in der sich der Arbeiterbewegung bessere Agitations- und Aktionsmöglichkeiten als je zuvor bieten, wird die französische Bourgeoisie weiter mit dem Proletariat umspringen können, wie es ihr beliebt, denn die französische Arbeiterklasse ist gänzlich machtlos, dank der Charakterlosigkeit ihrer politischen Führer, die so lange den Polizeiwitz und den deutschen Unabhängigen nachgelaufen sind, bis sie das Schicksal ereilt hat: zerrissen und gespalten werden die französischen Arbeiter in dieser entscheidenden Periode der politischen Entwicklung ihres Landes zusehends mehr, aber ohnmächtig die Ereignisse über sich ergehen lassen müssen. Man hat eben so

lange babageiartig von der Diktatur des Proletariats gesprochen, bis man die volle Wucht der Diktatur der Bourgeoisie zu fühlen bekommen hat. Soffentlich trägt aber dieses Gerichtsurteil dazu bei, den französischen Arbeitern die Augen über die verhängnisvollen Folgen der Moskauer Weisungen und Methoden zu öffnen.

Die französische Kabinettstürze.

Regierung Pétet ausfindigreich.

In später Abendstunde wird über die Ereignisse Millerands durch B.Z. folgendes Meldung aus Paris verbreitet: Präsident Millerand hat im Laufe des heutigen Vormittags außer dem Präsidenten Raoul Pétet, mit dem er sich über die Ministerkrisis unterhält (ist nicht möglich), die Führer der verschiedenen Gruppen des Senats empfangen. Er sprach mit Meline, de Selles, Tournon und Doumergue, dem Vorsitzenden der demokratischen Linken, der dem Präsidenten, dem „Temps“ zufolge, erklärte, er halte Raoul Pétet für die geeignete Persönlichkeit, das neue Ministerium zu bilden. Im Laufe des Nachmittags hat Millerand Viviani und Arago (einen Führer des nationalen Blocks) empfangen. Nach dem „Temps“ wird er sich ferner mit Herriot und Briand über die Ministerkrisis unterhalten und am Abend noch den Senatspräsidenten Léon Bourgeois empfangen. Das Blatt glaubt nicht, daß Präsident Millerand vor morgen mittags Pétet zu sich beufen werde, denn er die Kabinettbildung, anzuerkennen gedenke.

Die liberale englische Presse bedauert den Sturz von Leagues. „Weltminster Gazette“ befürchtet, daß die französische Ministerkrisis unvermeidlich zur Vertagung der Pariser Konferenz führen werde, deren Verzögerung schon jetzt eine der Hauptursachen der Wirtschaftskrise in Europa gewesen sei. Die Veränderungen in der Zusammensetzung des obersten Rates seien ebenfalls unvorteilhaft. „Daily News“ schreibt, es sei bedauerlich, daß die von Leagues gegenüber dem Verfall der Vertrag und seiner vernünftigen Durchführung eingenommene Haltung einen der Hauptgründe seines Sturzes gebildet zu haben scheint.

Ein dunkles Kapitel.

Von Ed. Bernstein.

Moskau triumphiert. Auch in Frankreich ist die Spaltung der sozialistischen Partei vollzogene Tatsache. In welcher Auffassung über die internationale Lage die französischen Mehrheitssozialisten für den Anschluß an Moskau gestimmt haben, wird blühartig durch folgenden Satz aus der Fabelnotiz, mit der die „Humanité“ vom 30. Dezember das Abstimmungsergebnis beglückwünscht, beleuchtet:

Die Zweite Internationale war schon lange tot, gestorben seit dem 4. August 1914 — vier Tage nach Jaurès. ... Aber sie gehörte leider zu jenen Toten, die man todschlagen muß. Der Kongress von Tours hat sie sozusagen unheilbar todschlagen.

Dies im Angesicht der Tatsache, daß die Zweite Internationale mindestens viermal soviel organisierte Arbeiter umschließt als die internationale, könnte erwidern, wenn die Verblendung, von der es Zeugnis ablegt, nicht ein so ernstes Kapitel in der sozialistischen Bewegung unserer Tage wäre. Wir haben mit einer geistigen Erkrankung zu tun, die in allen Ländern ihre Opfer fordert.

Diese Verstopfung der Gehirne mit übertriebenen Vorstellungen von der Allmacht der Gewalt, das ist das eigentliche Werk der von Moskau ausgehenden Propaganda. Wie viel Unheil sie schon angerichtet hat, wie viel zwecklos vergossenes Arbeiterblut auf ihre Rechnung kommt, dafür haben uns die jüngsten Vorgänge in der Tschechoslowakei wieder ein Beispiel geliefert. Es ist aber nicht dies das Kapitel, das uns heute beschäftigen soll. Das unheimliche Spiel, das Moskau in der sozialistischen Bewegung aller Länder treibt, nötigt uns, auf ein Kapitel zurückzukommen, das womöglich noch schmerzlicher ist als jenes.

Man weiß oder vielmehr, man hat erfahren, welche Rolle in der internationalen Aktion Moskau das Feld spielt. Denn das Wenigste davon dringt in die Öffentlichkeit. Aber die Feindschaft von der sozialistischen Regierung Österreichs darüber an das Licht gebrachten Tatsachen genügen, die Methode erkennen zu lassen, nach der Moskau arbeitet. Es war ein erschütternder Notruf, den die Wiener Regierung damals ausstieß, als sie die Summen bekannt gab, die Moskau an seine Agenten in Österreich geschickt hatte, um eine sozialistische Regierung zu stützen, die nicht nach seinem Geismut war. Welche Beträge es Moskau sich — wenn die Finanzen des Landes hat kosten lassen, um Deutschland auf mittels Anstiftung von Aufstand eine Regierungsform anzuzwingen, von der es sicher war, daß die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes sie nicht wollte und daß der Versuch der gewalttätigen Durchsetzung das furchtbare Elend über das Land bringen werde, ist vorläufig kein Geheimnis. Wenn man sich aber der Aufstände im Ruhrgebiet, in Mitteldeutschland, in Bayern usw. erinnert, bei deren Anstiftung Volksbeweisen die Hand im Spiele hatten, dann wird man die Abwägung auf alle Millionen nicht für übertrieben halten. Regelmäßig im entsprechenden Verhältnis zu anderen Ländern.

Ich werde an dieser Stelle eine Bekanntmachung durch eine Schrift des russischen Sozialisten War Schiller: „Le Mirage du Socialisme“ — die Aufwiegelung des Sozialismus —, die jedoch bei Bapet in Paris mit einem Vorwort von A. Merheim erschienen ist. Und zwar ist es nicht so sehr die sehr lehrwerte Schrift selbst, als das Vorwort des Genossen Merheim, das hier in Frage kommt. Merheim, von Beruf Mechaniker, und vor dem Kriege einer derjenigen Sozialisten Frankreichs, die ihr Bestes taten, die französische Gewerkschaftsbewegung auf eine solide Grundlage zu stellen, gehörte im Kriege zu jener Gruppe französischer Sozialisten, die schon frühzeitig sich mit dem Problem einer internationalen Aktion zur Beendigung des Krieges beschäftigten. Mit dem gleichgesinnten Bourberson war er Teilnehmer an der im September 1915 in Zimmerwald, Nantou Vern, zusammengetretenen Konferenz, an der auch Mitglieder der damaligen Opposition der deutschen Sozialdemokratie vertreten waren. Ebenso eine Anzahl russischer Sozialisten, darunter Ulanoff-Penin.

Sowohl in einer Vorbesprechung in Bern, wie auf der Konferenz selbst, forderte Lenin schon damals, daß die Konferenz erstens die Dritte Internationale konstituieren und zweitens einen Aufruf zum sofortigen Generalstreik der Massen und der Soldaten gegen den Krieg erlassen solle. Vergebens setzte ihm Merheim schon bei der Vorbesprechung in der nahezu acht Stunden währenden Diskussion auszuweichen, daß ein solcher Aufruf im damaligen Zeitpunkt mehr als zwecklos, höchstens zweckwidrig sein würde. Lenin und seine Freunde ließen sich nicht überzeugen. Die Szene wiederholte sich auf der Konferenz in der Kommission, welche die zu beschließende Resolution auszuarbeiten sollte, und führte da zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen Georg Ledebour und Lenin. Wie Merheim bekundete die Forderung Lenins als zweckwidrig und wies nach, daß diejenigen Teilnehmer an der Konferenz, die in ihr Land zurückzufahren hatten, nutzlose Selbstauopferung zimmten. Lenin zeigte, während der ganzen Sitzung, mit nachlässiger, geringschätziger Miene auf einen

Polens Rüstungen.

Deutsche Note an die Entente.

Eine deutsche Note macht die Entente auf die polnischen Rüstungen an der preussischen und oberösterreichischen Grenze aufmerksam und enthält in 33 Anlagen und einer Anzahl Photographien überreiches Material über Wesen und Tätigkeit der geheimen polnischen Militärorganisation in Oberschlesien P.O.W., die immer weiter ausgebaut wird. Die Note sagt:

Die deutsche Regierung hält sich für verpflichtet, erneut auf die Gefahren hinzuweisen, die dem Frieden in Oberschlesien von dieser Seite drohen. Sie tut dies im jetzigen Augenblick, um mit Hilfe der alliierten Regierungen wenn möglich noch den Ausbruch eines erneuten Aufstandes im Abklingungsgebiet zu verhindern, der nach allen vorliegenden Nachrichten für Mitte des Monats Januar geplant zu sein scheint. Sie hält es für ihre Pflicht, in letzter Stunde vor Taten zu warnen, die eine dem Friedensvertrage entsprechende Abstimmung verhindern und erneutes namenloses Unglück über das bereits über alles Maß von polnischen Terror gequälte Land bringen würden. Es ist an der Zeit, dem Terror zu steuern und unter allen Umständen zu verhindern, daß er durch noch schlimmeres, den Bürgerkrieg, ersetzt werde.

Endlich Grenzsperr!

Kattowitz, 13. Januar. (Z.N.) Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, beschäftigt die interalliierte Kommission, in den nächsten Tagen bereits umfangreiche Maßnahmen zur Sperrung der polnischen Grenze zu treffen. Es werden nur noch einige besonders bezeichnete Uebergänge, die unter strenger Wachtanlage stehen, freigelassen werden. In allen übrigen Fällen der polnischen Grenze wird das Ueberfahren mit den schärfsten Mitteln bekämpft werden.

Abstimmung am 13. März?

Wie die „Reif. Ztg.“ aus Berlin hört, ist in Paris für die Abstimmung in Oberschlesien der 13. März in Aussicht genommen.

Konzentrationslager?

Kattowitz, 13. Januar. (B.Z.N.) Gelegentlich einer Besprechung zwischen oberösterreichischen Gemeindevorständen und Bürgermeister und dem Kontrollkommissar in Kattowitz über die Beseitigung der Unsicherheit in Oberschlesien wurde der Vorschlag gemacht, ausländische Elemente, die sich nicht durch vollständige Ausweispapiere legitimieren können, in ein Lager zu stecken. Der Kontrollkommissar sagte eine wohlwollende Prüfung der Angelegenheit zu und gab bekannt, daß wahrscheinlich in Lunaberg ein Konzentrationslager errichtet werden wird.

Deutsche Rundgebung in Gleiwitz.

Gleiwitz, 13. Januar. (Z.N.) Die Abreise des ausgewiesenen Lehrers Harimann, des Vorsitzenden des Bezirkslehrerates und der Gleiwitzer Beamtenhaft, gestaltete sich zu einer überwältigenden Rundgebung für das Deutschstum. An der Wohnung und am Bahnhof hatten sich viele hundert Gleiwitzer Bürger aller Kreise eingefunden. Von der Freitreppe des Bahnhofs wurden Reden gehalten und Harimann selbst sprach noch in längeren Ausführungen über die Zukunft Oberschlesiens.

Ein Schwindel.

Königsberg, 13. Januar. (Z.N.) Die Polen gehen seit langem mit der Behauptung umher, daß im Jahre eines für die Deutschen ungünstigen Ausfalls der Volksabstimmung die oberösterreichischen Gruben in der Luft gesprengt werden würden. Anscheinend hat man nun in Warschau neue Belege für diese Ungeheuerlichkeit verlangt, um damit in der Welt eine neue Falschung der sattsam bekannten Grenzpropaganda hervorzurufen. Nun hat das polnische Plebiszitkommissariat heute eine infame Täuschung produziert und dem Präsidium des Ministerrats in Warschau einen gefälschten Brief des kommunistischen Oberpräsidenten in Oberschlesien, Geh. Justizrat Witka, an den deutschen Plebiszitkommissar Dr. Urbanek in Kattowitz unterbreitet. In diesem Brief erteilt Witka seine „Zusicherung“ zu dem „Plan“ Dr. Urbaneks, die oberösterreichischen Gruben in genanntem Falle in die Luft zu sprengen. Der gefälschte Brief aus einer gar nicht bestehenden Geheimkanzlei Witkas in Berlin schließt mit dem die Fälschung und die deutsche Sprachkenntnis des Fälschers beweisenden Satz: „Betreffend Vernichtung der Kohlengruben verbunden mit Menschenopfern ist unüberleglich, jedoch aber nicht zu vermeiden, denn in dem jetzigen gefundenen Zustande darf unser Oberschlesien niemals an Polen fallen.“ Der „Schwarze Adler“ ist in der Lage, die Fälschung des Briefes zu veröffentlichen.

Die 5-M.-Goldprämie.

Das Pariser „Journal“ behauptet, die deutsche Regierung mache Schwierigkeiten in der Kohlenlieferungsfrage. Das Blatt fragt, ob Deutschland für seine Kohlenlieferungen den Weltmarktpreis und ob es insbesondere auch die 5-M.-Goldprämie wieder fordern werde. Was die zweite Frage betrifft, ist zu sagen, daß die 5-M.-Goldprämie eingeführt worden ist im eigenen Interesse derjenigen, die die Kohlenlieferungen erhalten, und aus der Erkenntnis heraus, daß sie notwendig sei, um die Leistungsfähigkeit der deutschen Bergarbeiter durch Nahrungsmittelzuschüsse aufrechtzuerhalten. Durch Verringerung der Prämie würden die Arbeiter einen Schritt zurücknehmen, den sie in Erkenntnis ihrer eigenen Interessen getan haben.

Sofa ausgestreckt, für keinen der Gegeneinander-Verständnis. Wiederholt schlug er vielmehr in seinen Antworten einen ver-
lehnenden, hartnäckigen Ton an, und ohne die Dazwischenkunft
des russisch-rumänischen Sozialisten Rakowski wäre die
Konferenz resultatlos auseinandergegangen, da weder die
deutschen noch die französischen Teilnehmer gewillt waren, sich
dem wahnwitzigen Verlangen des Russen zu fügen. Es kam eine
vermittelnde Resolution zustande, gegen die aber Lenin sowohl
in der Kommission wie auf der Konferenz selbst stimmte.

Aus dem Redebüchlein Ledebour-Lenin hebt Wertheim her-
vor, daß ersterer dem letzteren auf eine der spöttischen Be-
merkungen geantwortet habe, er verlange von ihm nicht, daß
er nach Rußland zurückkehre und dort im Sinne seiner Reso-
lution aufträte, denn das bedeute den sicheren Tod durch Er-
schießen; was aber Lenin von ihm verlange, sei eine solche
Selbstpreisgabe, wenn er, Ledebour, es nicht so wie jener
milde und ruhig in der Schweiz bleibe.

Lenin verließ in der Tat in der Schweiz und kehrte mit
seinen Freunden erst nach Rußland zurück, als die Revo-
lution schon da war. Es ist bekannt und erst in aller-
neuester Zeit von General Hoffmann wieder erwähnt
worden, daß es die kaiserlich-deutsche Regierung
war, die auf Veranlassung der deutschen Seeresleitung
Lenin und Genossen in verschlossenen Salon-
wagen durch Deutschland befördern ließ, damit
sie in Rußland ihre Agitation betreiben könnten. Man wird
darüber verschiedener Meinung sein können, ob es sich für
Sozialisten ziemt, von solcher Seite eine solche Gefälligkeit
anzunehmen. Mit dem Vorgang verbindet sich jedoch ein
zweiter, der noch der Aufklärung bedarf.

Von Seiten der Entente ist behauptet
worden und wird noch behauptet, daß Lenin
und Genossen damals vom kaiserlichen
Deutschland große Summen Geldes zuge-
wendet worden seien, damit sie ihre zerkende Agi-
tation in Rußland um so wirksamer betreiben könnten.

Lenin und Genossen haben vom kaiserlichen Deutschland
in der Tat große Summen erhalten. Ich erfuhr davon schon
Ende Dezember 1917. Durch einen Freund ließ ich bei einer
Persönlichkeit nachfragen, die infolge ihrer Beziehungen zu
amtlichen Stellen unterrichtet sein mußte, und erhielt eine
befriedigende Antwort. Nur erfuhr ich nicht, wie groß die
Summen waren und wer der oder die Vermittler waren. Jetzt
habe ich von ernst zu nehmender Seite erfahren, daß es sich
um Summen von fast ungläublicher Höhe, sicher
um mehr als 50 Millionen Goldmark gehandelt
hat, also um so große Summen, daß Lenin und Genossen un-
möglich im Zweifel darüber gewesen sein konnten, aus welchen
Quellen sie ihnen zuslossen. Die Sache ist daher für die Be-
urteilung ihrer politischen Moral von nicht geringem Inter-
esse. Sie hat aber auch für die Beurteilung der Methoden
der kaiserlichen Politik ihre sehr ernste Seite.

Darüber in einem besonderen Artikel. Ich weiß natür-
lich, was sich vom Standpunkt der militärischen Erfolgspolitik
für die Finanzierung der bolschewistischen Aktion vorbringen
läßt. Der Militär, der mir gegenüber zuerst die Sache erwähnte,
fügte hinzu, ein hervorragendes Mitglied des Parlaments der
verbündeten Mächte, mit der er dienstlich zu tun hatte, habe
ihm gesagt, sie sei „ein Meisterstück Deutschlands“. Es ist in
der Tat nicht auf Konto von Lenin und Genossen zu setzen,
wenn es schließlich anders kam. Eines der Ergebnisse ihrer
Aktion war Brest-Litowsk, und wie übermäßig die deutsche
Seeresleitung dort auftrat, wird ja wohl Trotski und Radef
noch in Erinnerung sein. General Hoffmann, der dort mit
ihnen unterhandelte, hatte sie in doppelter Hinsicht
in der Hand und ließ sie das sehr spüren.

Für die internationale Sozialdemokratie ist vor allem
unter dem Gesichtspunkt der politischen Moral der Arbeiter-
parteien Aufklärung über dieses dunkle Kapitel geboten.
Wenn ich recht unterrichtet bin, soll Lenin auf die An-
schuldigungen der Entente keinerlei geantwortet haben,

woher er sein Geld nehme, sei seine Sache. Unbekümmert
um die Absichten der Geldgeber, habe er die ihm
zugeflossenen Gelder für die sozialistische Re-
volution verwendet, und das genüge. Daß er so
gehandelt hat, soll nicht bestritten werden. Aber das
allein erledigt die Sache nicht. Mit solcher Begründung läßt
sich jede politische Abenteuerlei art und Art rechtfertigen.
Wo würde die sozialistische Internationale hinsteuern, wenn
sie solche politische Maximen als zulässig dächte? Da würde
schließlich von Treu und Glauben unter Sozialisten
überhaupt nicht mehr die Rede sein. Und tatsächlich haben
Lenin und Genossen ihr Möglichstes dazu beigetragen, das
Vertrauen, das bisher Sozialisten auch bei größter Mei-
nungsverschiedenheit ineinander setzten, zu zerstören. Ihre
Geldwirtschaft in der Internationale hat mit der Wirtschaft
des Bismarckischen Reptilienfonds nur zu große Ähnlichkeit.
Und komme man nicht mit dem Hinweis auf den Erfolg. In
bezug auf Krieg und Frieden hat das Verhalten der Bolsche-
wisten im Jahre 1917 den Krieg nicht verkürzt, son-
dern zu seiner Verlängerung beigetragen. Freilich hat es sie
in Rußland an die Regierung gebracht. Aber bis jetzt nicht
zum Heil für das russische Volk. Das Wenige an Reform,
was sie verwirklicht haben, wiegt federleicht im Verhältnis zu
dem Meer von Unheil, das unter ihrer Herrschaft in Rußland
angerichtet worden ist. Und wo sonst ihr Einfluß auf die Zu-
stände eines Landes eingewirkt hat, war das Ergebnis das
gleiche, wenn nicht noch schlimmer. Auf die sozialistische
Internationale hat er wie Melau gewirkt. Der Jubel, die
zweite Internationale „totgeschlagen“ zu haben, ist vor allem
Zeichen der politischen Verarmtheit, welche die bolschewistische
Doktrin ihren Gläubigen einprägt. Lenin und Genossen
haben lediglich das erreicht, daß die Internationale gespalten
ist — wie man aus Wertheims Bericht erfährt, schon 1915 das
Streben Lenins — und dadurch für jede große Aktion, die
das einheitliche Auftreten der Arbeiterkraft erfordert, ihrer
Wirkungskraft beraubt ist. Auch im Hinblick auf das, was
die Internationale war und heute sein könnte, ist zu fordern,
daß in das Dunkel des Vorganges von 1917 gründlich hin-
eingeleuchtet werde.

Auf Puttkamers Spuren.

Die „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlicht ein Schrei-
ben, das der Reichsminister des Innern, Koch, an den
Reichsjustizminister und in Abschrift zur Kenntnis-
nahme an den preussischen Minister des Innern geschickt hat.
Derr Koch beiderseitig darüber, daß gegen Reden und
Flugschriften für einen gewalttätigen Umsturz der
Verfassung und zur Errichtung der Räterepublik von
staatsanwaltschaftlicher Seite zu wenig eingeschritten
werde. Wörtlich lautet er:

Ich habe daher Veranlassung genommen, die Landesregierun-
gen zu ersuchen, die nachgeordneten Polizeibehörden anzuweisen,
derartige Fälle von Hochverratsversuch bei der Staatsanwaltschaft
zur Anzeige zu bringen. Ich bitte aber auch die Justizverwaltung
zu veranlassen, daß sie die ihnen nachgeordneten Staatsanwaltschaften
anweist, auch von Amts wegen nachdrücklicher als dies in
der letzten Zeit geschehen zu sein scheint, gegen alle hochverräteri-
schen Bestrebungen vorzugehen.

Diese Aufbäumung der reaktionären Justiz ist wirklich
das, was uns am meisten gefehlt hat. Von mangelm
Eifer der Staatsanwaltschaft haben wir bisher nichts
wahrnehmen können, wohl aber von einem sehr bedenklichen
Uebereifer. Wir erinnern uns an die lächerliche und
mißgünstige Anklage gegen den verantwortlichen Redakteur der
„Freiheit“ wegen des Abdrucks der Waller Stöckerischen Ar-
tikel für die Dritte Internationale. Wünscht Herr Koch
noch mehr solche Justizblamagen?

Auf der anderen Seite müssen wir fragen: Warum ver-
müht Herr Koch nur Anklagen gegen links? Sollte es

Herrn Koch entgangen sein, daß z. B. erst vor wenigen Tagen
der Antisemit Rudolf Lebins öffentlich aufgefordert
hat, die Mitglieder einer pazifistischen Ver-
einigung totzuschießen, darunter den weltbe-
rühmten Professor Einstein?

Kandidatur Bülow?

Die schon einmal aufgestellte, dann aber wieder demen-
tierte Behauptung, daß die Deutsche Volkspartei den
Fürsten Bülow für die Wahl des Reichspräsi-
denten vorzuschlagen beabsichtige, taucht von neuem auf.
Die Meldung gewinnt dadurch an Bedeutung, daß sie von
einem Herrn Stinnes nahestehenden Korrespondenzbureau be-
stätigt wird, das allerdings hinzusetzt, daß die vorzeitige Ver-
öffentlichung nicht im Interesse der Kandidatur
Bülow gelegen sei.

Die Deutsche Volkspartei sollte doch derartige Scherze
mit einem verbrauchten Mann unterlassen. Selbst die
Faschingszeit entschuldigt diesen Vorschlag nicht.

Bitte, bitte!

Aus dem Verleumderstumpf.

Die „Fuldaer Zeitung“ bringt folgende Erklärung:
„Die von meinem Verleider in dem gegen mich angestregten
Strafverfahren angestellten Ermittlungen haben die Galtassig-
keit der mir über das Verhalten des Herrn Reichspräsi-
denten ausgetragenen Gerüchte ergeben. Ich bedaure lebhaft,
diese Äußerung getan zu haben und widerrufe sie hiermit aus-
drücklich mit der Bitte um Zurücknahme des gegen
mich erhobenen Strafantrags.“

Büttlar (Hörs), den 17. Dezember 1920.

gez. Ernst Koch.

Die alte Geschichte. Wird einer der großmäuligen Ver-
leumder bei den Ohren genommen, dann flucht er jümmelich
in die Arme und bittet händeringend um Zurücknahme des
Strafantrages!

Agitationschwandel gerichtsnotorisch?

In einem Scharf-Prozess gegen den Redakteur Josef
Buchhorn kam das Gericht zur Freisprechung des Angeklagten.
Der Gegenstand der Klage selber hat wenig Interesse, um so mehr
wegen ein Satz aus der Urteilsbegründung. Das Ge-
richt führte nämlich zur Begründung seines Freispruchs aus: „Die
Tatsache, daß ein Einfluß der Gebrüder Scharf auf
die damalige Regierung (gemeint ist die erste Koalitions-
regierung nach der Revolution) bestanden hätte, sei gerichtsnoto-
risch.“

Dieses Gericht hat sich also nicht scheut, einen deutsch-
nationalen Agitationschwandel für eine gericht-
snotorische Tatsache zu erklären. Darin liegt zum mindesten eine
ungeheure Leichtfertigkeit. Wir bezweifeln, daß die
betreffenden Richter für ihre Behauptung eine andere Informa-
tionsquelle hatten als die letzte rechtstehende Tageszei-
tungen. Wir wollen ihnen zugute halten, daß sie den dort ge-
brachten Schwandel ehrlich für bare Münze genommen
haben.

Aber ein wirklich objektives Gericht darf nur Dinge für ge-
richtsnotorisch erklären, die in der allgemeinen Öffentlichkeit un-
bestritten sind. Sonst könnte demnach jede einseitige Be-
hauptung einer politischen Partei von Richtern, die zufällig
dieser Partei angehören, zur „gerichtsnotorischen Tatsache“ ge-
stempelt werden. Damit würden gerade die Dinge, die erst
wiesen werden sollen, der Beweisaufnahme entzogen.

Wenn im vorliegenden Fall das Gericht derartige Behauptun-
gen gegen eine Regierung schleudert, ohne ein einziges Mitglied
dieser Regierung, ohne überhaupt eine einzige Person zugegen
zu vernehmen, so mißbraucht es die richterliche Autorität zur poli-
tischen Berührung in der Öffentlichkeit tätiger Männer.

Sendung von 3 M. erhältlich durch das Generalsekretariat des
Verbandes der deutschen Volkshilfsvereine, Berlin C 25.

Das erste deutsche Eisenwerk. Am 27. Dezember konnte die
deutsche Technik ein seltenes Jubiläum begehen; es waren nämlich
600 Jahre vergangen, seit der Vertrag zur Erbauung des ersten
mechanischen Eisenwerkes in Deutschland abgeschlossen wurde. Man
nannte die Anlage damals Eisenmühle, später Hammer-
mühle oder Hammerwerk. Die Zisterzienser des Klosters
Dobrilug an der Elbe Dresden-Berlin verpachteten am 27.
Dezember 1320 zu Wahrenbrunn an drei Männer eine Mühle, um dort
„Eisen zu bearbeiten“. Jene Zeit, die mit der Einführung der
Feuerwaffen in Deutschland zusammenfällt, hatte nur eine ganz
geringe Industrie, die aber das handwerkliche nur dort hinaus-
kam, wo es sich entweder um die Verfertigung von Kriegsmaterial,
oder um die Herstellung landlicher Geräte handelte. Selbst die
Getreidemöhlen mit Wasserkraft waren nicht allgemein verbreitet;
denn jeder Woblbürger mußte nach Möglichkeit seinen Tages- oder
Wochenbedarf im eigenen Hause auf einer kleinen Handmühle. So
war es ein gewagtes Unternehmen, daß die drei Männer Peter,
Arnold und Heinrich damals eine Wasserkraft kauften, um einen
Hammer zur Bearbeitung schwerer Eisenstücke zu erbauen.

Theater. Im Deutschen Theater wird unter Leitung von Max Rein-
hardt „Kabale und Liebe“ in einer Neuinszenierung vor-
geführt.

Musik. Das erste diesjährige Sonntag-Mittags-Konzert des Schiller-
Theaters Charlottenburg bringt am 16. Januar ausschließlich
Werke von Johannes Brahms. — Sonntag, den 18. 7. Uhr, findet im
Bühnenhaus „Sack und Sackmann-Abend“ statt. — Der Winter-
dorfer Männerchor (M. d. M. S. Ch.) gibt Sonntag, den 16., in
der Oberrealschule in der Lindenburgerstraße unter Leitung seines Chor-
leiters H. H. H. ein Konzert zum Besten der notleidenden Kinder.
Gewissenhafte Solisten müssen mit.

Garry Walden, einer der größten der jungen Damen in Berlin,
machte in Wien einen Selbstmordversuch, angeblich aus finanziellen
Schwierigkeiten.

Ein Verloren-Deinmal in Weg. Gerade am Vorher des
Dichters Paul Verlaine, des Erneuerers der französischen Lyrik, wollen ihm
in seiner Vaterstadt Metz ein „seines Ruhmes und Genies würdiges“ Denk-
mal errichten.

Ein Institut für Arbeitsunterkunft in Moskau. Dem Ros-
lauer Institut für das Studium des Gehirns wurde eine Mitteilung einge-
reicht, um die Maximalarbeitsleistung eines Menschen festzustellen, die er
zu leisten vermag, ohne an seiner Gesundheit Schaden zu leiden. Daneben
wurde eine Klinik für Berufskrankheiten und eine physikalische Ab-
teilung eingerichtet — lauter Dinge, die wir in Deutschland lange haben.

Die große Geste. Sie sind unerschütterlich, die französischen Gelehrten.
Sie spielen ruhig weiter Krieg. Die französische Akademie hat anläßlich
der Einberufung eines internationalen Kongresses nach Rom
erklärt, daß sie mit Vertretern der deutschen Wissenschaft jede Zusammen-
kunft ablehnen, solange die deutschen Behörden nicht öffentlich jede Soli-
darität mit der deutschen Regierung und Seeresleitung von 1914 ver-
leugern.

Ein mythenischer Tempel. Ausgrabungen in Cervi (Provinz Cagliari)
haben zu der Entdeckung eines mythenischen Tempels aus der mythenischen
Ära geführt. Dieser Tempel wird für die bedeutendste archaische Ent-
deckung gehalten, die seit Freilegung des Forum Romanum in Italien ge-
macht worden ist.

Eine unwahrscheinliche Geschichte.

Oben, ganz oben in der Zirkushölle stand ein Mann. Sechse
Stadwerke hoch.

Mit dem feststen Willen, in die gähnende Tiefe zu springen.
Zehntausend Gesichter starrten hoch.

Frauen blies der Atem weg. Männer flüchteten die Bänke.
Einer spielte mit seinem Tod. Rechte ihn, versuchte ihn,
höchste ihn.

Man erinnerte sich, daß der da oben noch vor Augenblenden
unter in der Manege stand. Gesund, mit geraden Knochen und
hellen Augen. Und erzählte, welche Gefühle ihn bei seinem Todes-
sprung — ohne Reg, sechs Stadwerke hoch hinunter — bewegten.
Er spielte mit dem Tode, um zu leben. Einmal, sagte er, ich
habe einen Augenblick lang eine Sensation, ein Nerventzittern. Ich
lebe, weil ich das Bedürfnis habe, einen Augenblick die Möglichkeit
meines Todes zu durchkosten. Mit Schauergeräten über dem
Hals.

„Schrecklich das Gerate“, sagte einer. „Springen soll er!“

Dann hatte der Mann seiner Frau, die er mit unter, stand,
heftig die Hand gedrückt. Jemandem spürte man Tränen auf-
steigen. Ein bieder Herr meinte, es wäre im Grunde genommen
eine schamlose Sache.

Run war der Mann hochgezogen, stand oben auf einem
schmalen Brett, maß die Entfernung und zielte nach einem ein-
fachen Holzgerüst, das den Sprung auffangen und mildern sollte.
Er setzte ein paar Mal an.

Manchen, die sonst ihr Herz nicht fählen, hörten es in der
Brust laut.

Dann sprang er los.

... schlug auf ... rollte in den Sand ... und blieb
liegen ... hatte das Genick gebrochen.

Zehntausend standen auf und schrien durcheinander. Ein
Mensch, der im Zirkus zufällig anwesend war, sagte zu seinem
Nachbar:

„Run haben wir ihn ermordet.“

Der sah ihn verständnislos an. Man las im Bild: Sie sind
verrückt.

Der Mensch aber fand nichts keine Ruhe. Er ging anderen
Tages zur Polizei und bezichtigte sich des Mordes. Man verhörete
ihn und lachte ihn aus.

Der Mensch verzweifelte an allem. Dachte: Er ist doch bloß
gefrungen und gestorben, weil ich da war. Und die anderen.
Also bin ich mit schuldig. Ich jedenfalls.

Da niemand ihn richten wollte, richtete er sich selbst.

Schrieb auf einen Zettel:

Der Mord eines Menschen hat mich zehn Mark und mein
Leben gekostet. Blut um Blut.

Die Verwandten meinten: Er war schon immer nicht ganz
richtig.

Internationale Tanzrevue. Berlin wird zusehends Weltstadt
des Tanzes. Die Nationen scheinen sich danach zu drängen, ihre
Tänzerinnen nach Berlin zu entsenden. Bei den Valerianischen
Versteht man es: für die Russen, Polen und die ehemals österreichischen
Länder sind wir immer noch eine Art Goldland. Aber was löst die
andere? Gibt man auf unser Gefühlsvermögen soviel im Ausland;
oder dient die Ueberlegenheit der Valerian nur dazu, um billig auf
Podium und in die Kritik zu kommen? Seien wir höflich, zählen
wir die Völker auf, oder nennen wir nicht die Namen derer, die
nur die Internationalität des Ballettismus repräsentieren. Es
war also in den letzten Wochen Tanzkunst zu sehen aus:
Amerika, Dänemark, Holland, Norwegen, Schweden, Österreich,
Polen, Rußland, Spanien, Persien. Der Tanz bezieht sich (neben
der Kunst) des internationalen Ausdrucks. Damit diesem
Vorgang des kulturellen Austausches keinen Schaden tun sie alle
möglich.

So der Tanz aus dem Volkstum kommt, so er zuweilen noch
ausgesprochen national; im ganzen aber verläßt der internationale
Rhythmus. Das erste Ballett war völlig international und es lebt
immer noch. Werda Hei (früher Botschafter) Chon) führte mit
erstaunlicher Virtuosität Glanzstücke des Epochenballets vor. Die
neuen Tendenzen des Tanzes verflochten mit vollem Bewußtsein
und feinstem Stilgefühl der Ruffe Trail Wadecan. Wie hat
er aber auch seinen wunderbar durchgebildeten Körper in der Ge-
walt; er federnd und bebt, leichten Regungen gehorchend. In ihm
ist hohes Kunststreben und strenger, geistbegehrter Formwille.
Sein ästhetischer Tanz ist ohnegleichen.

Holländische Tänze dürfen uns kaum Ueberraschung bieten.
Aber was das spezifisch holländische, was Florrie Rodriga uns
vorführte? Geht die Balletttänze mögen es sein, aber in dieser
Verbeist gehören sie kaum in den Konzertsaal. Das Kolodbasie,
Ausgelassene liegt der Tänzerin im Blute. Persische Tänze —
vielleicht waren es aber auch armenische, jedenfalls aber orienta-
liche — zeigte Armen Ohanian. Was davon esst war, ist
schwer zu sagen. Aber neben allem Unwichtigen, das darin nach-
klang aus Tanz und einer Nacht, prägte sich deutlich die indivi-
duelle Note aus. Ein höchst fälschlicher, morbider Körper führt
eigenartige gleitende Bewegungen aus. Der Tanz des Orients
birgt noch viele Reize, von denen uns die üblichen Bauchtänzerinnen
und die schlechten Imitationen nichts geben können. Armen
Ohanian hat uns eine neue Welt des Tanzes schauen lassen.

Die Theaterorganisation der Zukunft. Unter dem Titel: „Die
Theaterorganisation der Zukunft. Volksbühnenbewegung und
Theatersozialisierung“ gibt der Verband der deutschen Volksbühnen-
vereine eine Schrift heraus, in der sein Generalsekretär Doktor
Reisepfle Wesen und Bedeutung der Volksbühnenorganisationen er-
örtert, so insbesondere ihren verfassungsmäßigen Aufbau, die Aus-
gestaltung ihres Verwaltungsapparates usw. eingehend behandelt,
um anschließend die Möglichkeiten eines Zusammenwirkens zwischen
ihnen und Kommunen zu unteruchen. Ein Ueberblick über die
bisherige Entwicklung der Volksbühnenbewegung und eine An-
leitung für die Gründung von neuen Volksbühnenvereinen bilden
den Abschluß. Die 48 Seiten starke Schrift verdient von allen, die
an einem Neuaufbau unseres Theaters interessiert sind, besonders
auch von denen, die sich in den Gemeindeverwaltungen mit dem
Theater zu befassen haben, gelesen zu werden. Sie ist gegen Ein-

Paulsen zum Schulrat gewählt.

Die Zusammensetzung der Bezirksämter. — Die Untergrundbahnarbeiten in Neukölln.

Die Stadtkonferenzversammlung konnte gestern, ohne durch die Tribüne erheblich gestört zu werden, ihre Arbeiten fortsetzen. Sehr weit kam sie freilich nicht. Es ist im Rathaus üblich geworden, viel Zeit mit Geschäftsordnungsdebatten totzuschlagen und dadurch nur die Geschäftsordnung noch zu steigern. Erledigt wurde die Schulratswahl, nachdem ein paar Verschleppungsversuche der Bürgerlichen abgeklungen waren. Die rechtsstehenden Fraktionen verließen enttäuscht den Saal, und es wurde dann mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Unabhängigen und Kommunisten der Hamburger Paulsen gewählt. Auch bei der aus dem Anschlag zurückkommenden Vorlage über die Zusammensetzung der Bezirksämter hätten die Demokraten gern die Beschlussfassung noch verschleppt. Daß ihr Redner über Stellenjäger der sozialistischen Mehrheit jammerte, bekam ihm übel. Unser Genosse Frank und auch der Redner der Unabhängigen antworteten ihm, daß dieser Vorwurf gerade gegen die Fraktionen der früheren Berliner Stadtverwaltung erhoben werden mußte. Die Vorlage wurde schließlich einstimmig angenommen. Zu dem Kommunistenentwurf wegen der Untergrundbahnarbeiten in Neukölln riefte die sozialdemokratische Fraktion an den Magistrat die Bitte um Auskunft, ob die Fortführung nicht möglich sei. Der Stadtkonferenzrat schloß die Schwierigkeiten, die eine Fortführung in vollem Umfang unmöglich machen. Es soll aber alles zur Beschaffung von Notstandsarbeiten getan werden, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Sitzungsbericht.

Der Zutritt zur Zuhörerbühne ist heute nur gegen Karten gestattet, die den Fraktionen nach ihrer Stärke vom Vorstand zugewiesen worden sind. Es wird scharfe Kontrolle geführt. Die Tribüne ist gefüllt.

Vorstandsmitglied Schwarz eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr mit der Mitteilung, daß u. a. ein Dringlichkeitsantrag (H. Sog.) eingebracht ist, wonach Schulleitern am 18. Januar, anlässlich der 50. Wiederkehr des Tages der Reichsgründung verboten sind und Leiter der Verbände zur Rechenschaft gezogen werden sollen. Die Rechte nimmt den Antrag mit lebhaften Äußerungen des Unwillens auf und verneint die Dringlichkeit, so daß heute darüber nicht beraten werden kann. — Auch gegen eine dringliche Anfrage wegen der Unterbrechung der Bauten an der Nord-Süd-Bahn in Neukölln ist Widerspruch. Gabel (Kom.) legt zur Geschäftsordnung.

Protest gegen die Beschränkung der Öffentlichkeit

ein. Niemand habe das Recht dazu; erst müsse die Versammlung einen Beschluss fassen, ehe jemand wagen darf, solche Maßnahmen zu treffen. Der Vorwurf, daß die Kommunisten es gewiesen seien, sei eine Frechheit und Unverschämtheit. — Für die „unqualifizierbare“ Zerstörung wird er zur Ordnung gerufen und erhält für die Wiederholung des Ausdrucks einen zweiten Ordnungsruf. Er sucht dann nachzuweisen, daß die Klärung der Tribüne durch den Vorsteher zu Unrecht angeordnet sei, spricht abermals von einem unerhörten Verleumdungsdelikt, wird mehrmals vom Vorsteher unterbrochen, beruft sich für seinen Protest auf die Geschäftsordnung, weist die Anregung des Vorstehers, die Sache in einem Antrag zu verlegen, zurück und verweist auf die unerhörten Verleumdungen und Verdächtigungen, die gegen die Kommunisten von den „Schmierfinken der bürgerlichen Presse“ verübt worden seien. Der Vorsteher schneidet ihm schließlich das Wort ab.

Dobe (Dem.) rechtfertigt das Verhalten des Bureau, es sei jede Willkür ausgeschlossen.

Zur Festsetzung des Gehalts des Oberbürgermeisters wird unter Ablehnung eines Antrages der Kommunisten, den Oberbürgermeister dem Bürgermeister im Gehalt gleich-

zustellen, beschlossen, das Grundgehalt auf 47 000 M., den Ortszuschlag auf 5000 M. festzusetzen, wozu die Teuerungszuschläge kommen. Die Wohnung im Herrenhause zu Puch soll wegfallen.

Die Ausschussvorlage zum Antrag Wehl, betr. die Einstellung der Kohlenlieferungen an Wars, Dielen usw., gelangen zur Annahme, nachdem Helmke (Dem.) nochmals sehr nachdrücklich alle zuständigen Ämtern zur Unterdrückung der Kohlenlieferungen hat, die dem Schlemmerleben einer gewissen Schicht der Bevölkerung Vorschub leisten.

Auf 6 Uhr ist

Die Wahl des Oberstadtschulrats

angeführt. Vom Zentrum wird beantragt, die Debatte über die Wahl nochmals zu eröffnen. Unter steigender Unruhe der Linken begründet Lichtenberg diesen Antrag. Es folgt eine sehr erregte Auseinandersetzung, in der v. Chueen (D. Sp.) und v. Lindener (Nat. Sp.) unter Hinweis auf die Protestbewegung gegen Paulsen und auf die Notwendigkeit gründlicher Prüfung des Protestmaterials dem Zentrum beistimmen, während Bruns (Sog.), Dr. Löwenstein (H. Sog.) und Adolf Hoffmann (Kom.) den Antrag für unzulässig erklären. Auch der Vorsteher erklärt den Antrag für unzulässig. Ein jetzt von der gleichen Seite eingebrachter Vertagungsantrag wird, während die Erregung und der Lärm in der Versammlung andauert, schließlich gegen die bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Endlich kann der Namensaufruf vorgenommen werden. Die bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der Demokraten, verlassen den Saal.

Paulsen-Hamburg wird mit 115 Stimmen zum Oberstadtschulrat gewählt. 13 Stimmen entfallen auf den bisherigen Stadtschulrat Heumann; 2 Stimmzettel sind weiß.

Nach der Wahl wird auf den Antrag, betr. die Kohlenlieferungen, nochmals eingegangen. Gottfried Schulz (H. Sog.) weist auf den untragfähigen Mangel hin, daß die Wars und Dielen mit Kohlen versorgt werden, während die Stadt Berlin 3 Kohlenhöfen noch bis heute nicht habe in Betrieb setzen können. Auf Antrag der Kommunisten wird hierauf die Vorlage betr. Erlass eines

Ortsgefes über die Zusammensetzung der Bezirksämter

und die Besetzung ihrer Mitglieder in Beratung genommen.

Nach der Vorlage soll die Zahl der Mitglieder der Bezirksämter betragen: 17 im 1. Bezirk (10 besoldete, 7 unbesoldete), 15 (8 besoldete, 7 unbesoldete) im 2., 9., 11. Bezirk, 13 (7 und 6) in den Bezirken 1 bis 6, sowie im 12. und 17. Bezirk, 11 (7 und 4) im 8., 15., 19. und 20. Bezirk, 9 (5 und 4) im 10., 12., 16., 18. Bezirk. Der Ausschuss hat die Zahl der Mitglieder des 13. und 16. Bezirks auf 11 erhöht; der Bezirk Behrensdorf soll 6 besoldete und 3 unbesoldete Mitglieder erhalten. Das Gehalt der Bezirksbürgermeister soll 25 000 M. und Ortsbürger 5000 M., das ihrer Stellvertreter 23 000 und 5000 M., das der Bezirksräte 13 200 bis 30 000 M. nebst 5000 M. Ortszulage und städtischen Alterszulagen von maximal 2400 und maximal 1000 M. betragen.

Die Kommunisten beantragen, nur besoldete Bezirksbeamte anzustellen.

Dr. M. Gabel (Dem.): Das Gesetz spricht nur von sieben Mitgliedern eines Bezirksamts; wir verstehen nicht, warum der Magistrat darüber hinausgehen will. Der Ausschuss ist noch nicht einmal damit zufrieden. Im ganzen kommen mehr als 300 bezahlte Bürgermeister und Stadträte heraus. Allein auf das alte Berlin werden jetzt 14 Bürgermeister und 180 Stadträte losgelassen! Das war nicht die Absicht. Ein solcher Apparat ist ja gar nicht zu bezahlen. Das ist nichts als das Rennen nach der Futtertruppe (Unruhe), sowohl von links wie von rechts. Wir beantragen, die Vorlage an den Ausschuss zurückzuverweisen.

Dörre (Kom.): Es ist ein Schauspiel für Götter, einen Demokraten von der Jagd nach der Futtertruppe sprechen zu hören. Die Zentralisation, die wir jetzt erreicht haben, wird uns von der bisherige untragbaren Zersplitterung der Verwaltung befreien.

Für Zurückverweisung ist auch ein Vertreter der Wirtschaft. Sog. für die D. B. P. erklärt v. Chueen die Zustimmung zur Vor-

lage und zu den Ausschussvorlagen; es werde bei Zurückverweisung auch nichts anderes herauskommen.

Frank (Sog.): Wenn wirklich durch die Verjährung des Beamtenapparats

Die Macht der Bürokratie verhärtet

wird, so sind daran nicht zum wenigsten die Demokraten schuld. Im Landtag haben sich gerade sie und die D. B. P. für die Dezentralisation eingesetzt. Den Antrag der Kommunisten lehnen wir ab.

Freund (H. Sog.) steht in dem Auftreten von Reichels den Schwannengesang der Demokraten. Das System Gabel sei eben unwiederbringlich vorbei; seine Spuren seien überall Stumpf, Stagnation, Korruption, (Große Unruhe bei den Demokraten.)

Bürgermeister Ritter zieht die bisherige Zahl der Verwaltungsbeamten im Bereich von Groß-Berlin zum Vergleich heran, um die Befürchtung des Überwuchers der Bürokratie und einer zu großen Komplexität der neuen Verwaltung zu verdeutlichen. Die Versammlung solle bedenken, daß die Durchführung der Neuordnung dringlich sei; sie solle die Vorlage heute erledigen und gleichzeitig beschließen, die Wahl der unbesoldeten Mitglieder nach dem Verhältniswahlsystem vollziehen zu lassen.

Dobe (Dem.) nimmt die alte Stadtkonferenzversammlung gegen Freund in Schutz.

Die Zurückverweisung und der Antrag der Kommunisten werden abgelehnt; die Vorlage gelangt

in der Ausschussfassung zur Annahme.

Ebenso wird der vom Magistrat vorgeschlagene Beschluß betr. den Wahlmodus gefaßt. Zur Auffüllung der Pensionsmittel der Dienstleistungsbeamten werden weitere 500 000 M. bewilligt.

Die Vorlage wegen Erhöhung der Ausr.- und Verpflegungskosten in den städtischen Krankenhäusern geht an einen Ausschuss, der sofort ernannt wird.

Hierauf wird der Antrag der Kommunisten betr. die Fortführung der Arbeiten auf dem Nord-Süd-Bahn- und dem Industriebahngelände gegen den Widerspruch der bürgerlichen Parteien vorgetragen.

Rastoldi (Kom.): Der Magistrat hat sich seinem Beschluß vom 11. Dezember, die Arbeiten fortzuführen, nicht angeschlossen. Damit wird das Gese der Arbeitslosen um weitere Hunderte vergrößert und neues Elend geschaffen. Wir beantragen daher zu beschließen: „Der Beschluß vom 30. Dezember wird aufrechterhalten und der Magistrat dringend beauftragt, den Beschluß durchzuführen. Die Arbeiterchaft Neuköllns hat bekanntlich trotz Magistrat und trotz Baurat gegen die Arbeiten fortzuführen beschlossen. Stellt nun der Magistrat die Arbeiten überhaupt ein, so drohen durch Erlaufen der Boulevards, durch Senkung von Häusern usw. die größten Gefahren. Die Arbeitskräfte müssen verdoppelt werden, um die Bahn desto rascher betriebsfähig zu machen. Würde man die Fortsetzung der Arbeiten gewaltsam hindern, dann würde sich die gesamte Arbeiterchaft Berlins hinter die Neuköllner Genossen stellen.“

Seitmann (Sog.): Wir haben zu Beginn der heutigen Sitzung in derselben Frage eine Anfrage eingebracht. Wir wollen Auskunft, wie sich zu der Sache die Deputation gestellt hat und ob sich nicht die Magistratsverwaltung zugänglich machen läßt. Es müssen

alle Mittel aufgebracht werden, den Bau zu fördern

und die Verkehrshindernisse, die der Bau der Industriebahn geschaffen hat, so schnell als möglich zu beseitigen. In Neukölln sollen 4000 Arbeiter entlassen worden sein; das hat außerliche Erregung hervorgerufen.

Rohn (H. Sog.): Was hier gefordert wird, liegt auch im Interesse der Gesamtbewohner. Der Bau der Nord-Süd-Bahn ist von Anfang an ein Beweis für die Ungenügsamkeit der früheren Verwaltung; die Umgehung des Bahnhofs Friedrichstraße steht so konstata aus, daß Berlin sich geradezu schämen muß. Die Gefahr eines Tunnelsturzes an der Weidenbammer Brücke ist nicht ausgeschlossen.

Stadtkonferenzrat Gahn: Nirgends sind in solchem Umfang wie in Neukölln Notstandsarbeiten beschlossen und ausgeführt worden. Die Folge war eine fortschreitende Erschöpfung der Arbeitsmöglichkeit. Die Verabschaffung der Arbeitszeit lehnst die Arbeiter ab; man hat sich damit auf Verchiebung der Bauarbeiten bis zum 29. Dezember geeinigt. Man verlangte die 4200 Arbeiter anderweitig Beschäftigung. Die Nord-Süd-Bahn hat bis jetzt 200 Millionen gekostet, ohne daß sie in Betrieb gesetzt werden konnte; der Bau wird noch 400 bis

„Der da die Nächte hindurch ächzt und frucht — röchelt und hustet —“

„D, o — nicht!“

„Dah er sich nicht geschämt hat, sich einer wie dir anzubieten! Daß du bei einem solchen im Bette liegen möchtest?“

„Ich liege nicht bei ihm im Bette!“ rief Maria plötzlich wie in Wut, während ihr Auge in Sah und Vergewaltigung aufblitzte, und sprang auf, füllte zugleich Scham und Leide sich auf die untere Stufe.

„Nicht? Wirklich nicht?“

„Und wen geht es etwas an, wo ich liege, und wenn ich im Schweineföden läge?“

Sie wäre in Tränen ausgebrochen, wäre sie nicht aufgestanden und gegangen. Was fragt der mich nur alles? Und wozu redet er das zu mir? Und was hat er alles herabzuheben? Was kann Juba dazu, daß er so ist, wie er ist? Und wen geht es etwas an, wen ich geheiratet habe? — Weh! kommt Juba nicht endlich vom Fischen? — Und was höre ich denn auf sein Reden? Und frage seinen Schmutz? Sie wollte ihn abreißen, von sich werfen, als sie Juba auf dem See kommen sah. Sie wandte sich um, eilte nach dem Strand, lief immer schneller.

Aber er hatte ja die Wahrheit gesagt — die Wahrheit hatte er gesagt. So war der arme Juba, genau so: langer Rücken, trübende Augen, trumme Beine, in seinem nassen Friesrock wie ein struppiger Hund. Aber je erbärmlicher er aussah, um so lieber wollte Maria zu ihm sein, um so mehr wollte sie ihm zeigen, wie sie sich über seinen Gang freute. Die Bege waren prall mit Laichbrocken angefüllt, mit breiten, feisten, warzenförmigen Burden. Sie ergriff ein Netz und trug es zu dem Spinngeßel.

„Loh doch, Maria, loh doch,“ warnte Juba. „Nach dir dein seidenes Zeug nicht schmutzig — das kann ich ja mit Wasser waschen.“

Doch Maria nahm ihr Seidentuch ab und legte es von sich, zog sich Juba's Rock um, den er eben abgestreift hatte, wollte ebenso struppig und grau erscheinen wie Juba, wollte es Schmeißka, der pfieend auf dem Hof daherging, zeigen. . . der sollte sich nur nichts einbilden!

„Das ist aber ein Gang, fast wie in früheren Zeiten, Juba!“ erwiderte sie mit einem Lächeln, während sie an dem Netze hob. „Komm doch und hilf, damit es nicht reißt.“

„Es reißt nicht, es reißt nicht! . . . warte, so,“ lachte Juba laut, und er hielt das Netz in der Mitte, indessen Maria es über das Geßel ausbreitete.

(Fortf. folgt.)

Schweres Blut.

11) Roman von Juhani Aho.

„Und was soll ich dort?“

Da kam die eindringliche, knappe, beengende Frage:

„Und was tust du hier — in diesem erbärmlichen Land — eine wie du?“

„Was ist denn an diesem Lande auszusehen? Und ist es wohl anderswo besser?“

„Schlecht sorgen sie hier für ihre Weiber. Bei uns wird ihnen nicht wie hier der Rücken durch ewige Arbeit gekrümmt, bei uns werden ihnen nicht die Augen im Rauch der Kornbarre geblendet, nicht das Gesicht auf der Schwende beruht, nicht der Rücken an der Handfläche gebrochen. Die jungen Frauen der Gebirge sind hier wie die alten Leibeigenen bei uns, ihr Rücken krumm, ihre Augen trübend, ihre Brüste hängend, ihr Leib aufgetrieben, wie struppige Hunde im Sommer — du, Wirtin, bist merkwürdigerweise noch nicht so, aber bald werden sie auch aus dir eine solche machen. Bald wird das Rot von deinen Wangen schwinden, bald der Glanz in deinen Augen verlöschen.“

„Und wenn es auch hingehet — wer hat wohl Schaden davon?“

„Du weißt schon, wer.“

„Ist es denn dort wirklich besser?“

„Dort? Die Männer schaffen, die Männer regen sich, holen das Korn fertig aus fremden Ländern — das Weiß halten sie zu ihrer Freude, nicht als Leibeigene.“

„Was tun dann die Weiber?“

„Run, sie weben Stoffe, nähen, stricken ihre Sachen und lernen die Leibeigenen an. Im Sommer wenn sie es zu ihrer Unterhaltung wollen, fangen sie Fische, pflücken Beeren, kochen Süßigkeiten. So bleiben sie immer jung, solange es die Natur erlauben, rothwangig, drall, weich. Leicht ist ihr Fuß beim Tanz, hell sind ihre Stimmen, wenn sie an den Abenden singend beim Herde sitzen. Püchlich und freundlich bleiben sie, — hier sind alle groß und stumm. Siehst du, so sorgt der forstliche Mann für seine Liebste.“

„Sie scheinen ja dort ein gutes Leben zu haben,“ sagte Maria, ihre Näherei unterbrechend.

„In Wold rauchen, in Seide fräutern sie einher. Wir liegen nicht den langen Winter in ihren Betten. Mit einer

Brust voll Liebe kehren wir jedes Frühjahr heim, spielen einen kurzen Sommer mit ihnen, lassen sie auf unserm Knie liegen.“

Schemekka sprach dicht an ihrem Ohr, immer leidenschaftlicher wurde sein Lieb, wie dem Auerhahn bei der Balz. Immer kommt er etwas näher, Maria rückt jedesmal etwas ab, auf den Lippen ein künstliches Lächeln, die Augen fest auf der Näherei, der Finger heftig die Nadel führend.

„Solltest einmal mit nach Karelien kommen, liebe Wirtin, da du aus Karelien stammst! Wir sind ja Nachbarn, von den Höhen der einen blicken die Hügel nach den Höhen der anderen hinüber. Einen Tag geht es durch Stromschnellen, einen zweiten rudern wir über stille Wasser, zwischenhin wandern wir etwas über Seiden, und am dritten fliegen wir wieder durch strudelnde Wasser, — da dämmert schon dort unterhalb einer Stromschnelle meine Fischerhütte, und von da noch ein wenig weiter, so sind wir in meinem Dorf. Dort ist ein großes Dorf mitten in einem unberührten Bruchwald. Dort habe ich ein altes, reiches Geßel. Auf Händen trügen sie dich da, das Findelkind aus ihrem Stamm, von Freude zu Freude führten sie dich, von Fest zu Fest, ließen von Lanz zu Lanz dich schweben. Eine alte Mutter habe ich, ist übermächtig gut und freundlich, die würde dich wie ihre Tochter — in Seide und Sammet kleiden. Komm mit nach Karelien, liebe Wirtin!“

War dies Ernst oder Spott? Die Stimme Ernst, aber unglaublicher Spott, was er sagte.

„Komm auf einen Besuch, komm, um es dir anzusehen! Komm sofort! Mit mir!“

„Mit dir?“

„Was tust du hier, schöne, schwache Frau! Bistst alt, wackelt hin, wirst ebenso wie all die anderen. Wenn du hier noch etwas weiter lebst, werden deine Lippen das Lächeln verlieren. Deine Augen werden trüb, dein Haar verdorrt, deine Wangen sinken in Falten ein wie eine erfrorene Beere. Den Rücken werden sie dir krümmen, den Rumpf verbiegen, durch viele Arbeit dir die sterblichen Hüfte schief drehen — die zierlichen Füße . . .“

„Sprich nicht so etwas.“

Aber Schemekka fuhr fort:

„Und für wen? Für den Kerl mit der runzeligen Stirn, den schäbigen Augen, den großen Lippen, dem dünnen Bart, dem langen Rücken, den trummen Beinen, . . .“

„Sprich mir nichts mehr!“ — Maria schrie es fast heraus, wie um Hilfe rufend.

ingen, wo er in gelegentlich als Consonettenfängerin probierte und unanständige Tänze aufführte. Endlich aus dem Vorbesten er dann die Flucht nahm. Sein geistliches Gewand schaffte ihm Eintritt in geachtete Familien. In einer verführte er gleichzeitig beide Richter, in einer anderen brachte er die Frau eines Diplomaten in seine Gewalt und erniedrigte sie zu den schändlichsten Verwüstungen. Trotz seines Lasterlebens wurde er nicht aus dem Orden ausgeschlossen. Wenn er Geld brauchte, erhob er es von einem Prior, dem Vater Grosso, vielleicht auf Grund jählicher Vorregelungen, vielleicht durch Drohungen. Aber eines Tages sah ihn der Ertrag zu gering, so daß er auf den Gedanken kam, den Prior zu erwürgen, der nach seiner Ansicht 300 000 bis 400 000 Lire bei sich haben mußte. Der Mord verließ, wie der König ihn geplant hatte, aber der Diebstahl schlug fehl; der Prior teilte das Geld vor wenigen Tagen nach Rom gesendet. Der Mörder war voll gestraft. Das Urteil lautete auf vierundzwanzig Jahre Zuchthaus.

der Inventur- Ausverkauf beginnt morgen.

Unfere Schaufenster zeigen wie
unerhört billig wir die Preise festgesetzt haben

Leiser



Die Einleitung des ver-
kauften Gegenstandes
Schnell (50. 100) findet
heute nach 10 Uhr statt.

Spezialarzt
L. Syphilis, Harn-, Frauen-
krankheiten, Schwäche, Blenorrhoe
Behandlung schnell, sicher
u. schmerzlos in Dr. Hommeyer
& Co. konz. Lab. Harnunter-
such. Fäden im Harn usw.
Friedrichstr. 61. Panoptik
Spr. 10-1, 5-8. Sonnt. 10-1.
Tel. 101. Separ. Damenim.

Spezial-Arzt
Dr. med. Grütering
Haut-, Harn-, Geschlechts-
krankheiten, Blenorrhoe, Harn-
stein, u. Frauen, Blutungen.
Invalidenstr. 35, Ecke
Chausseestr. Stett. 101. Spr.
wochentags 11-1, 4-5-7/2.

Die günstigsten Preise
für Kupfer, Messing, Rotguss
usw. spez. Zinn und Weis-
metall erzielen Sie
Adalbertstraße 4
Prinzenstraße 101.

Für beliebtes Exportbräu
renommiert auswärtiger Brauerei werden
Angebote von Restaurateuren
in Berlin und Norddeutschland erbitten,
die bereit wären
Spezialausschank
zu übernehmen, bzw. ihre Lokaltät hierzu um-
zuwandeln. — In Plätzen, wo noch nicht vertreten,
werden
geeignete Grossisten für den Engros-Vertrieb gesucht.
Gefl. Angebote befördert unter **M. V. 3181**
Rudolf Mosse, München 22/12

Bureol Haarfarbe
seit 23 Jahren
anerkannt beste
Haarfarbe
färbt echt natürlich blond,
braun, schwarz etc. 1/2 Liter, 1/2 Liter, 1/2 Liter
J.F. Schwarze Söhne
Berlin,
Markgrafenstr. 26.
Einfach anzuwenden.

Altmetalle
sp. Zinn, Weißblei
und Gussmetall
kauft laufend jeden Posten
Metallgroßhandlung
Neue Königstr. 19c
Fernspr.: Königsstadt 9223.

Blei u. Zinn
Altmetalle kauft zu hoh.
Preisen Zinnschmelze
Prinzess.-Str. 17, Maj. 14629

Wein
J. F. Rauch
Groß-
Handels-Haus
Engros
Bergstr. 34
Gontardstr. 4, 1. Bf. Alex. pl.
Potsdamerstr. 34, Nähe Hochb.
Invalidenstr. 164, E. Brunnenst.

Alte Weinstuben:
Friedrichstr. 11, Nähe Hall. Tor.
Brunnenstr. 174, E. Invalidenstr.
Gr. Frankl. Str. 112, neb. Landorf
Schönb. Allee 178, vis. Königl.
Sekt. Pl. m. Steuer v. 40 M. a.
Rote Schaumweine
Kräftiger, milder, dunkler
Rioja-Rotwein
18^{er} Bordeaux Fl. 19.-
Malaga
Portwein Fl. 24.-, Sherry Fl. 29.50
Alter Rum Fl. 46.-
Derby Weinbrand 57.50
In gr. Dosen u. Cindom (Blaß)
maßf. Haus
mit 8 Stuben, Küche, gr. Garten
und Tischlerei, mit allen Be-
quemlichkeiten und allem Holzwerk
loft billig zu verkaufen.
P. Grosse, Cindom (Blaß).

Brillanten „Veritas“
Perlen, Platin, Gold-Bruch
kauft
Jägerstr. 10.

Wintereier
ergibt
man
durch
unfere Knochenmühle, Bräu-
erei, getrocknete Ställe aller
Art; Futter, Geflügelhof in
Hergensheim 470, Preis 1.00.

Pelzwaren
bei bequemer Zahlungsweise abzugeben.
Bei Vorzahlung 10% Rabatt.
Kriegsanz. u. in Zahlung genommen.
Pelzwarenfabrik
KALLIS.
Tils. - Wardenburgstr. 11.
nahe Stadtbahnhof-Tiergarten.
Telephon: Bismarck 7022/23.

Stellenangebote
Gel. Putzmacher
perfekt in allen sort. Arbeiten
eines Putzmachers, in selbständ.
Stellung gesucht. 22/12
Desgl. eine gelbte
Strohputz-Maschine
auf halbe und ganze Tage,
Offerten unt. E. A. 247 an
Rudolf Mosse, Berlin, erb.
Zwei perfekte
Anfertiger
für Drehtrom
sofort gesucht.
Erich Wohlfeil
N. 38, Gertrudenstr. 65
fabrik elektrischer Maschinen.
In sofort. Tätigkeitsum-
stellung zum
1. Februar 1921. **Tätige**
Stenotypistin
gesucht. Es wird nur eine erste
Arbeitskraft verlangt, die mit
der Dactylographie vertraut ist,
selbständig zu arbeiten versteht
und mit dem Publikum umzu-
gehen weiß. Angebote mit
Gehaltsansprüchen unter H. 17
an Hauptz. des „Bismarck“.

Heintze & Blanckertz
Erste Deutsche Stahllederfabrik, Berlin NO 43

Dynamodraht
in Baumwolle, Seide
und Gussmetall
kauft jeden Posten
Elektrobureau, Grüner Weg 100.

Steinharte Doppelriegel 8.40/22.
Steinharte Doppelriegel 1.50/22.
Wichsele, Romanbantenstr. 35

Wintereier
ergibt
man
durch
unfere Knochenmühle, Bräu-
erei, getrocknete Ställe aller
Art; Futter, Geflügelhof in
Hergensheim 470, Preis 1.00.

Pelzwaren
bei bequemer Zahlungsweise abzugeben.
Bei Vorzahlung 10% Rabatt.
Kriegsanz. u. in Zahlung genommen.
Pelzwarenfabrik
KALLIS.
Tils. - Wardenburgstr. 11.
nahe Stadtbahnhof-Tiergarten.
Telephon: Bismarck 7022/23.

Stellenangebote
Gel. Putzmacher
perfekt in allen sort. Arbeiten
eines Putzmachers, in selbständ.
Stellung gesucht. 22/12
Desgl. eine gelbte
Strohputz-Maschine
auf halbe und ganze Tage,
Offerten unt. E. A. 247 an
Rudolf Mosse, Berlin, erb.
Zwei perfekte
Anfertiger
für Drehtrom
sofort gesucht.
Erich Wohlfeil
N. 38, Gertrudenstr. 65
fabrik elektrischer Maschinen.
In sofort. Tätigkeitsum-
stellung zum
1. Februar 1921. **Tätige**
Stenotypistin
gesucht. Es wird nur eine erste
Arbeitskraft verlangt, die mit
der Dactylographie vertraut ist,
selbständig zu arbeiten versteht
und mit dem Publikum umzu-
gehen weiß. Angebote mit
Gehaltsansprüchen unter H. 17
an Hauptz. des „Bismarck“.

Stellenangebote
Gel. Putzmacher
perfekt in allen sort. Arbeiten
eines Putzmachers, in selbständ.
Stellung gesucht. 22/12
Desgl. eine gelbte
Strohputz-Maschine
auf halbe und ganze Tage,
Offerten unt. E. A. 247 an
Rudolf Mosse, Berlin, erb.
Zwei perfekte
Anfertiger
für Drehtrom
sofort gesucht.
Erich Wohlfeil
N. 38, Gertrudenstr. 65
fabrik elektrischer Maschinen.
In sofort. Tätigkeitsum-
stellung zum
1. Februar 1921. **Tätige**
Stenotypistin
gesucht. Es wird nur eine erste
Arbeitskraft verlangt, die mit
der Dactylographie vertraut ist,
selbständig zu arbeiten versteht
und mit dem Publikum umzu-
gehen weiß. Angebote mit
Gehaltsansprüchen unter H. 17
an Hauptz. des „Bismarck“.

Stellenangebote
Gel. Putzmacher
perfekt in allen sort. Arbeiten
eines Putzmachers, in selbständ.
Stellung gesucht. 22/12
Desgl. eine gelbte
Strohputz-Maschine
auf halbe und ganze Tage,
Offerten unt. E. A. 247 an
Rudolf Mosse, Berlin, erb.
Zwei perfekte
Anfertiger
für Drehtrom
sofort gesucht.
Erich Wohlfeil
N. 38, Gertrudenstr. 65
fabrik elektrischer Maschinen.
In sofort. Tätigkeitsum-
stellung zum
1. Februar 1921. **Tätige**
Stenotypistin
gesucht. Es wird nur eine erste
Arbeitskraft verlangt, die mit
der Dactylographie vertraut ist,
selbständig zu arbeiten versteht
und mit dem Publikum umzu-
gehen weiß. Angebote mit
Gehaltsansprüchen unter H. 17
an Hauptz. des „Bismarck“.

Stellenangebote
Gel. Putzmacher
perfekt in allen sort. Arbeiten
eines Putzmachers, in selbständ.
Stellung gesucht. 22/12
Desgl. eine gelbte
Strohputz-Maschine
auf halbe und ganze Tage,
Offerten unt. E. A. 247 an
Rudolf Mosse, Berlin, erb.
Zwei perfekte
Anfertiger
für Drehtrom
sofort gesucht.
Erich Wohlfeil
N. 38, Gertrudenstr. 65
fabrik elektrischer Maschinen.
In sofort. Tätigkeitsum-
stellung zum
1. Februar 1921. **Tätige**
Stenotypistin
gesucht. Es wird nur eine erste
Arbeitskraft verlangt, die mit
der Dactylographie vertraut ist,
selbständig zu arbeiten versteht
und mit dem Publikum umzu-
gehen weiß. Angebote mit
Gehaltsansprüchen unter H. 17
an Hauptz. des „Bismarck“.

Stellenangebote
Gel. Putzmacher
perfekt in allen sort. Arbeiten
eines Putzmachers, in selbständ.
Stellung gesucht. 22/12
Desgl. eine gelbte
Strohputz-Maschine
auf halbe und ganze Tage,
Offerten unt. E. A. 247 an
Rudolf Mosse, Berlin, erb.
Zwei perfekte
Anfertiger
für Drehtrom
sofort gesucht.
Erich Wohlfeil
N. 38, Gertrudenstr. 65
fabrik elektrischer Maschinen.
In sofort. Tätigkeitsum-
stellung zum
1. Februar 1921. **Tätige**
Stenotypistin
gesucht. Es wird nur eine erste
Arbeitskraft verlangt, die mit
der Dactylographie vertraut ist,
selbständig zu arbeiten versteht
und mit dem Publikum umzu-
gehen weiß. Angebote mit
Gehaltsansprüchen unter H. 17
an Hauptz. des „Bismarck“.

Stellenangebote
Gel. Putzmacher
perfekt in allen sort. Arbeiten
eines Putzmachers, in selbständ.
Stellung gesucht. 22/12
Desgl. eine gelbte
Strohputz-Maschine
auf halbe und ganze Tage,
Offerten unt. E. A. 247 an
Rudolf Mosse, Berlin, erb.
Zwei perfekte
Anfertiger
für Drehtrom
sofort gesucht.
Erich Wohlfeil
N. 38, Gertrudenstr. 65
fabrik elektrischer Maschinen.
In sofort. Tätigkeitsum-
stellung zum
1. Februar 1921. **Tätige**
Stenotypistin
gesucht. Es wird nur eine erste
Arbeitskraft verlangt, die mit
der Dactylographie vertraut ist,
selbständig zu arbeiten versteht
und mit dem Publikum umzu-
gehen weiß. Angebote mit
Gehaltsansprüchen unter H. 17
an Hauptz. des „Bismarck“.

Stellenangebote
Gel. Putzmacher
perfekt in allen sort. Arbeiten
eines Putzmachers, in selbständ.
Stellung gesucht. 22/12
Desgl. eine gelbte
Strohputz-Maschine
auf halbe und ganze Tage,
Offerten unt. E. A. 247 an
Rudolf Mosse, Berlin, erb.
Zwei perfekte
Anfertiger
für Drehtrom
sofort gesucht.
Erich Wohlfeil
N. 38, Gertrudenstr. 65
fabrik elektrischer Maschinen.
In sofort. Tätigkeitsum-
stellung zum
1. Februar 1921. **Tätige**
Stenotypistin
gesucht. Es wird nur eine erste
Arbeitskraft verlangt, die mit
der Dactylographie vertraut ist,
selbständig zu arbeiten versteht
und mit dem Publikum umzu-
gehen weiß. Angebote mit
Gehaltsansprüchen unter H. 17
an Hauptz. des „Bismarck“.

Die leitende Stelle
der städtischen Volksbücherei

soll zum 1. April 1921 neu besetzt werden. Herren
und Damen mit entsprechender wissenschaftlicher Vor-
bildung, die auf diesem Arbeitsgebiete schon eine längere
Übung und Erfahrung besitzen, werden ersucht, ihre Be-
werbung unter Beifügung des Lebenslaufes sowie der
Zeugnisabschriften baldmöglichst dem Unterzeichneten einzu-
senden. Persönlichkeiten, die bisher schon in gleicher
leitender Stellung tätig gewesen sind, werden im allge-
meinen den Vorzug erhalten. Als Besoldung ist die der
Stellenleiter in Aussicht genommen. 191/98
Hagen i. Westf., den 4. Januar 1921.
Der Oberbürgermeister. Cuno.

Tüchtige
Verkäuferinnen
für
Damenkonfektion
und
Korsette
sofort gesucht
Meldungen: 12-2 Uhr mittags
5-6 Uhr abends
A. Jandorf & Co.
Kottbuser Damm 1

INVENTUR- VERKAUF

Handbürsten 95 Stk. 95
Bleich-Soda 1/2-Pfund-Paket 1 45
Salm-Seifenpulver 1/2-Pfd. 1 80
Felne Toiletten-Seife 95 Stk. 2 95
Reine Kernseife 5 75
Loofah-Gurken 25 Stk. 2 30
Zahnbürsten 3 95
Frisier-Kämme 5 75

Vasen 2 25 3 75 7 50 9 75
aus Porzellan, moderne
Muster und Formen...

Reste und Abschnitte
zu sehr vorteilhaften Preisen

Restbestände und Gelegenheitsposten

kommen in fast allen Abteilungen
ganz enorm billig zum Verkauf

Reise-Taschen * Reise-Säcke in Rindleder
Dameneinrichtungs- u. Herrenanzugs-Koffer
in den verschiedensten Ledersorten
enorm herabgesetzt
z. B.
Herrenanzug-Koffer prima hell Rindleder m. 8 Rind-
lederecken u. best. Schlössern
früher 4000.00 4300.00 4750.00 5000.00
jetzt **1200.00 1275.00 1350.00 1425.00**

Damentasche prima 80.00 90.00
Damentasche schwarz 119.00
Damentasche braun, Krokodil- 148.50
prägung.....

Geldscheintaschen Leder... 1 75
Tresor mit Goldschloß... 3 80
Gürtel für Damen... 1 35
echt Leder... 1 75

Haarschmuck 7 50 9 50
fein durchbrochen, Haarspangen u. Nadeln
Rosen-Anhänger 5 00 6 00
Rosen-Broschen 5 00 6 00
Gute Elfenbein-Imitation
Halsketten 60 cm lang, mit
Perlen, gute Elfenbein-Imitation... 13 50
Manschettenknöpfe 3 00
in verschiedener Emaille-Ausführung
Zigaretten-Spitzen
besond. gute Ausführung, darunter
mit echt Elfenbein-Mandel 2 50 3 00 8 50

Klubbisch 2 95 5 00
mit 60 cm grosser, hölzerner
Metallplatte und Glaschrank...

Kasten 6 50 7 50
für Zigarren u. Zigaretten
rot Managon, poliert.....

Tabletts 22 50 27 50
Korbgeflecht mit gemusterter
Glasplatte

HERMANN TIETZ

Unentbehrlich für jeden Haushalt ist
Verlangen Sie überall: Marke Hoost „Halb und Halb“, Pfund-Paket
Marke „Embe“, 20 Proz. Kaffee, Pfund-Paket

echter Hoost-Dreibohnenkaffee

Hoost „Getreide-Kaffee“, Pfund-Paket
M. Hoost, Berlin C 25, Prenzlauer Str. 45
Alexander 1470

Berlin O 112, Rigauer Strasse 71-73

Preußische Kultusdebatte.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Zum

Kultusetat

führte Abg. D. Nade (Dem.) aus: Das Verhandlungsergebnis im Prozeß der Marburger Geisteswissenschaftlichen hat ergeben, daß von einem Marbe nicht die Rede sein kann. Dies Resultat wird zur Beruhigung der Stimmung unter der Studentenschaft beitragen. (Nade ist Professor in Marburg, Med.) Die Volkshochschulbewegung muß unterstützt werden. Mit dem Rebanchegeist der Studentenkorporationen muß man nicht so sehr ins Gericht gehen, auch in den nationalstischen Studenten sind ein guter Kern. (Beifall b. d. Dem. — Obol. Stube b. d. Soz.)

Abg. Lauscher (Z.) erhebt Beschwerden über Benachteiligung der Katholiken sowohl in der Hochschule als auch in der Volkshochschulbewegung.

Minister Haenisch:

Der Zeitpunkt zur Erörterung von Paritätsfragen scheint mir nicht gut gewählt, denn allen Wünschen aus Zentrumskreisen ist vom Ministerium weitgehend Rechnung getragen. Die Rede Lauscher's stand wohl mehr im Zeichen der kommenden Wahlen. (Beifall, dann „Entzählung“ im Zentrum.) Sowohl die evangelische Bevölkerung als auch meine Partei haben mir in verschiedenen Fällen mein anerkennendes Entgegenkommen sehr verdankt. Ich möchte die Behauptung zurück, daß ich jemals gedauert hätte, im Volkshochschulwesen dürfe kein Katholik beschäftigt werden. Mehrmals haben Katholiken leitende Stellen im höheren Schulwesen, die ich ihnen angeboten hatte, abgelehnt. Das Zentrum hätte wirklich allen Anlaß, mit den Verfügungen zufrieden zu sein, und sollte nicht über Impartität klagen. Gerade als Dissident kann ich vor dem Lande gegenüber dem katholischen Volksteil mit dem Gleichem im „Haute“ feststellen: Ich habe für euch soviel getan, daß mir zu tun fast nichts mehr übrig bleibt! (Große Bewegung und Beifall. — Rufen bei den Unabhängigen und Kommunisten.)

Abg. Delge (Dnat. Sp.): Der Kultusminister steht der Phobie des deutschen Studenten einseitig vom Standpunkt seiner Partei gegenüber. Die Rivalität der Studentenschaft ist rein nationalstisch. Die Ursache der Beeinträchtigung der nationalen Gesinnung liegt in dem jenseitigen Geist, der durch die jüdische Studentenenschaft hineingetragen wird. (Unruhe b. d. Soz.)

Abg. Voellig (D. Sp.): Wir fordern, daß kein Beamter wegen Verletzung seiner politischen Gesinnung entlassen wird. Wir anerkennen die Schwierigkeiten, mit denen der Minister zu kämpfen hat. Der 18. Januar sollte auch in Preußen schulfrei sein. Wir hoffen, daß die

Bearbeitung des Zukunftsgeschichtslehrbuchs

nicht in die Hände eines Ausländers gelegt wird. Der Herr Minister scheint keine Vorstellung zu haben von der Unruhe, die durch seine zahlreichen Erlasse in die Schulen hineingetragen wird. (Beifall bei der D. Sp.)

Minister Haenisch:

Selbstverständlich wird über die Fragen des evangelischen und des katholischen Religionsunterrichts ohne Rücksichtnahme mit den betreffenden Kirchenbehörden eine endgültige Entscheidung getroffen. Vom Reich müssen die kulturpolitischen Richtlinien im großen festgelegt werden, aber eine summarische Uniformierung darf nicht stattfinden. Jugendwünsche und -regungen wegen politischer Betätigung hat während meiner Amtszeit kein Beamter erfahren. Ich will die altpreussische

Der Kronsa nicht mit einer Leg. Notiz beantworten.

Für die Beschuldigung, ich operte die deutschen kulturpolitischen Ideale parteipolitischen Interessen, ist Herr Voellig den Beweis schuldig geblieben. Weltliche Schulen haben wir gar nicht eingerichtet, deshalb kann von einer Verletzung der Reichsverfassung gar nicht die Rede sein. Da ich überzeugt bin, daß unser Aufstieg aus dem tiefen Verfall nur von innen heraus durch die deutsche Seele erfolgen kann, würde ich einem Abbau der Hochschulen den schärfsten Widerstand entgegenstellen. Eine hermetische

Abschließung der deutschen Wissenschaft

gegen das Ausland habe ich im Gegensatz zu dem Abg. Delge für verfehlt. Ich bin weder Philanthrop noch Antisemit, aber gerade den Okjuden verdanke die deutsche Regierung vor und in dem Kriege wirtschaftlich sehr viel. Daß die Ausländer bei uns nicht ungebührlich bevorzugt werden, dafür ist gesorgt.

Abg. Kleinpruhn (U. Soz.): An dem alten Schulgeist hat sich grundlegend nichts geändert. Den

guten Willen des Ministers erkennen wir an,

aber ihm fehlt das Maßmaß. Er kann die Ausführung seiner Verordnungen nicht erzwingen.

Abg. Adolf Weismann (Komm.): Den Dank des Zentrums hat der Kultusminister rechtlich verdient. Sein Ministerium hat nur die Firma geändert, um die Randschaft zu täuschen, ist aber ganz das alte geblieben. Zentrum ist Krampf. (Gelächter im Zentrum.) Der Minister ist der Gefangene des Zentrums. (Stürmisches Gelächter im Zentrum.)

Staatssekretär Dr. Becker: Bei der studentischen Epithelaffäre handelt es sich vermutlich um eine fogenannte Arbeitsgemeinschaft. Das Nähere muß die Untersuchung ergeben, jedenfalls hat die Universität selbst nichts damit zu tun. Es ist richtig, daß die Studentenschaft sich noch nicht so ganz auf den Boden der Republik gestellt

hat, aber der gute Wille ist vorhanden, wie die Studenten dem Minister erst kürzlich bezeugt haben.

Abg. Hads (Soz.):

Die Streitpunkte mit der Kirche werden hoffentlich bald durch Verträge aus der Welt geschafft. Nach unserer Ueberzeugung wird das laufende Jahrhundert einen

Abbau der Gymnasien

bringen; sie eignen sich in ihrer gegenwärtigen Beschaffenheit nur noch für die Erziehung von Theologen und Philosophen. Auch bei den übrigen höheren Lehranstalten gibt es noch viel zu reformieren. Die alte Dienstordnung an den höheren Schulen muß beseitigt werden. Die Konfessionalität der Lehrermaschine ist eine

Verletzung der Reichsverfassung.

Die Anträge auf Verabschiedung des Schulgesetzes unterstützen wir, obwohl sie nicht die letzte Lösung dieser Fragen bringen. (Beifall bei der Soz.)

Abg. Dr. Gottschall (Dem.): Wir sind unbedingt für die Beibehaltung der Religion als ordentliches Lehrfach an den höheren Schulen. Notwendig ist eine nationale Erziehung unserer Jugend.

Abg. Dr. Thier (D. Sp.): Wir finden es bedauerlich, daß sich ein preussischer Minister vergehen konnte, Äußerungen über die Marburger Studenten zu machen, wie sie heute gefallen sind. (Widerspruch links.)

Abg. Dr. Weyl (U. Soz.): Herr Haenisch hat sich rechtlich bemüht, es allen Parteien recht zu machen. Bei der Nacht und beim Zentrum ist ihm das dank seiner persönlichen Niedrigkeit auch gelungen, denn noch kein sozialistisches Mitglied der Regierung hat eine so milde Beurteilung bei seinem Etat entlassen können. Wenn am 20. Februar eine bürgerliche Mehrheit zustande kommt, dann sind (zum Minister) Sie davon schuld. (Widerspruch bei der Rechten.) Sie haben als Minister dem Sozialismus keine guten Dienste geleistet.

Abendigung.

Noch unentschieden Bemerkungen der Abg. Frau Stoffels (Z.) und Judd (Dem.) ergreift das Wort

Minister Haenisch:

Für die Befreiung der Schulen von militärischer Einquartierung wird Sorge getragen. Für alles, was das Ministerium in der Angelegenheit des „Reigen“ getan hat, übernehme ich persönlich die Verantwortung, obwohl ich nicht mit allen Schritten einverstanden bin. Derartige Entscheidungen gehören vor ein ästhetisches und nicht vor ein juristisches Forum. Bei dem Abbau höherer Schulen, der in einigen Fällen notwendig ist, hätten wir uns vor jeder Ueberstürzung

Die Lichterfelder Kadettenanstalt

wird in eine Reformschule nach modernen Grundsätzen umgewandelt. Der Leiter Dr. Karsten konnte bisher mit dem alten Schulermaterial keine besseren Resultate erzielen, zumal auch von außen eine

maßlose nationalstische und antisemitische Agitation

hineingetragen wurde. Der Erfolg des Oberkirchenrates über eine eventuelle Trauerfeier für die Kaiserin ist zurückgegangen. Die Kommunisten und Unabhängigen haben mir vorgeworfen, ich treibe reaktionäre Schulpolitik und sei ein Gefangener des Zentrums, was zu den Ausführungen des Abg. Lauscher in merkwürdiger Gegensatz steht. (Sehr richtig im Zentrum.) Die Ehe zwischen Zentrum und Demokratie war keine Liebesheirat, sondern eine Vernunfthehe. Wenn von einer Schuld an dieser Schulpolitik überhaupt die Rede sein kann, so liegt sie bei den preussischen Bäckern, die uns nicht zur Wehrheit verhelfen haben. Schuld haben auch die Arbeiterführer, die die Einheit der sozialistischen Bewegung freudig zerstört haben. Ich bin kein willensloser Elende des Zentrums, aber ich muß Rücksicht nehmen auf den starken katholischen Volksteil. Reichsverfassung und Schulkompromiß legen mir Schranken auf. Verleht ist es, zu sagen, es sei gar nichts erreicht worden. Ich erinnere nur so aus dem Stegreif an die

Beseitigung der geistlichen Oberschulaufsicht, Hebung der sozialen und materiellen Lage des Lehrstandes, Gleichstellung der Stadt- und Landlehrer und folgerichtige Schulleitung.

Das sind wenige Beispiele: es ist doch ein anständiges Stück richtiger Arbeit geleistet und ich will nur hoffen, daß aus dieser Grundlage weitergearbeitet wird ganz gegen unsern Willen. (Beifall links.)

Abg. Lauscher (Dnat. Sp.): In Lönswitz wurde ein Lehrer wegen seiner politischen Gesinnung gemordet. (Hört, hört! rechts. — Minister Haenisch: „Rein, wegen seiner Beteiligung am Kapp-Putsch.“)

Abg. Dollmann (D. Sp.) begründet einen Antrag, in den Schulen den Versailler Friedensvertrag zur Geltung zu bringen. Trotz des Winderheits-Schulvertrages haben in Polen und Westpreußen von 240 000 deutschen Schülern 140 000 keine deutsche Schule.

Abg. Frau Dr. Wegscheider (Soz.):

Wenn der Friedensvertrag geändert werden soll, dürfen die Schulkinder nicht mit dem Gift des Hasses getränkt werden.

Wir lehnen daher den Antrag ab. Man erreicht sich heute über Volkshochschulen mit 60 Kindern, aber vor der Revolution lag ein Fünftel der Schulkinder in unerträglich überfüllten Klassen. Hoffentlich hat der künftige Bundtag für die Arbeiter, Akademiker und die Grundbesitzer eine offene Hand! Die byzantinischen Ausmachte der jetzigen Lesebücher müssen beseitigt werden. Dem Zentrum mag der Minister geben was er will, zufrieden wird es nie sein. (Große Unruhe im Zentr.) Die Forderung des Zentrums nach dem Rücktritt der Lehrerinnen widerspricht der Reichsverfassung. Die Lehrerinnen müssen mit den Lehrern völlig gleiches Tätigkeitsfeld bekommen, denn sie haben große pädagogische Fähigkeiten. Für das Kirchenverfassungsgesetz können wir nicht stimmen, wir fordern möglichst baldige Trennung von Staat und Kirche. (Beifall bei der Soz.)

Das Gesetz über die Kirchenverfassung wird gegen Recht, Zentrum und die wenigen anwesenden Demokraten abgelehnt. Der Haushalt des Kultusministeriums wird angenommen. Angenommen werden sozialdemokratische Anträge auf Schulgeld-Unterstützungen für bedürftige Familien, Errichtung kollektiver Schulleitungen und hochschulmäßige Ausgestaltung.

Abgelehnt wird ein Anschlag-Antrag auf baldige Verabschiedung eines Reichsschulgesetzes und ein Antrag der Deutschen Volkspartei, den 18. Januar zum Schulfesttag zu erklären.

Es folgt der

Haushalt des Staatsministeriums,

verbunden mit der Beratung der Nachtragsetats.

Abg. v. d. Osten (Dnat. Sp.): Die Stellungnahme des Ministers im Flensburger Fall ist zu bedauern. (Beifall bei der Soz.)

Abg. Ludwig (U. Soz.): Wir fordern die Wahl der Führer durch die Soldaten und lehnen diese Organisation der Schutzpolizei ab.

Abg. Wenzel-Galle (Komm.) vertritt sich ausführlich über alle vorgekommenen Fälle von Erziehung von Arbeitern durch Reichswehr und Polizei.

Abg. Runge (Soz.): Wir stimmen dem Nachtragsetat zu. Es muß alles unterbleiben, was der Polizei einen militärischen Anstrich gibt.

Zum Schluß ergreift der Abg. Altpfel (Dnat. Sp.) das Wort. Um 12 Uhr nachts dauerte die Sitzung noch an.

Reichskulturpolitik.

Bei der Weiterberatung des Etats des Reichsministeriums des Innern im Hauptauschuss des Reichstags wird am Donnerstag zunächst der Betrag von einer halben Million Mark zur Förderung der auf sittliche und gesundheitliche Hebung des Volkes gerichteten Bestrebungen genehmigt.

Volkshochschulen.

Staatssekretär Schulz: Mit den jetzt bestehenden städtischen Volkshochschulen ist die Frage noch nicht gelöst; sie ist nur eine Art der Volkshochschule. Das Beispiel der skandinavischen Volkshochschulen ist beachtenswert.

Dr. Padnide (Dem.) wünscht, daß ein Plan zur Förderung des Volkshochschulwesens aufgestellt wird.

Abg. Dr. Runzel (D. Sp.) fordert die Bereitstellung größerer Summen für den kulturellen Aufbau des Volkes.

Abg. Dr. Löwenstein (U. Soz.) ist darüber entrüstet, daß nur so geringe Summen für diese Zwecke bereitgestellt werden.

Staatssekretär Schulz: Die große Tragik auf dem Gebiet der Volkshochschulfrage liegt darin, daß früher, als das Reich die Mittel besaß, es nicht die Kompetenz hatte, das Schulwesen von Reich wegen zu fördern, es vielmehr auch gar nicht wollte. Und jetzt, wo der Wille vorhanden ist, fehlen ihm die Mittel. Ich als Schulreformer empfinde persönlich diese Tragik ganz besonders. So kann im nächsten Etatsjahre für die Schaffung von Freistellen an höheren Lehranstalten vom Reich nur der lächerlich geringe Betrag von drei Millionen Mark ausgeworfen werden. — In der weiteren Aussprache betont

Abg. Heilmann (Soz.): Bei den Ausgabeplan zur Förderung

des Schulwesens handelt es sich um aufreißend beschwerliche Summen. Die Kritik daran ist aber unredlich, da die finanzielle Not des Reichs uns dazu zwingt, uns nach der Dede zu richten.

Die Einsetzung eines händigen Ausschusses für das Schulwesen wird einstimmig beschlossen.

Der Ausschuss wendet sich dann der Besprechung der Ausgaben des

Reichskulturpolitik

zu. — Abg. Schulz-Brönberg: In Preußen ist eine der Kunstwelt ganz unbekannte (?) Persönlichkeit zum Kunstwart ernannt worden. Nachforschungen haben ergeben, daß sie durch ihr Klavierpiel in einem Berliner Hause (!) in gewissen Kreisen bekanntgeworden sei. (Gemeint ist der Pianist Leo Kestenberg, D. Med.)

Abg. Dr. Löwenstein (U. Soz.): Der Leiter in Preußen ist allerdings Pianist, womit aber nicht gesagt ist, daß er aller künstlerischen Qualitäten entbehrt.

Reichskulturwart Dr. Redlob: Die Fülle neuer künstlerischer Aufgaben muß jetzt in anderem Sinne gelöst werden als früher. Von Anfang an müssen künstlerische Kräfte in schöpferischem Sinne beteiligt werden. Es handelt sich nicht um parteipolitische Fragen, sondern um sachliche Aufgaben. Bei Banknoten, Marken und ähnlichen Aufgaben muß eine entwicklungs-fähige Tradition geschaffen und ein künstlerisches und handwerkliches Können erreicht werden.

Schulwesen.

Abg. Rumm (Dn.): In Preußen verfolgt Minister Haenisch die unpolitischen (!!) deutschen nationalen Jugendbünde, aber in Sonderhausen wird ein holsteinisches Hehlblatt unter Leitung eines Unterprimars von dem sozialistischen Gesamtministerium gebildet.

Reichsminister Haenisch: Die Schule darf nicht zum Tummelplatz politischer Leidenschaften gemacht werden. Ueber den Fall Sonderhausen denke ich wie der preussische Kultusminister, kann aber der Sonderhäuser Verwaltung nicht ohne weiteres in den Arm fallen. Eine Einseitigkeit in dem Grundgedanken des Schulwesens muß natürlich erhalten bleiben. Gegen alle rassistischen Reformen spricht sowohl der Widerstand der Länder, als auch die ungeheure Finanznot. Das Vorschlagsgesetz wird im April 1921 in Kraft treten, die Kosten sind unbedeutend. Die finanziellen Bedenken gegen das Jugendwohlfahrtsgesetz sind ausgeglichen. Fünfzig Millionen Mark werden dafür bereitgestellt. Das Fortbildungsgesetz wird nicht länger aufgeschoben werden. Von einem Stillstand in der Schulpolitik kann man nicht sprechen.

Buchgewerbe und Wissenschaft.

Zu einer eingehenden Debatte kommt es über die Frage, ob man für das nächste Etatsjahr von den 20 Millionen Mark, die für die Rotgemeinschaft der deutschen Wissenschaft angelegt sind, 5 Millionen Mark dem Reich zur besonderen Verfügung für wissenschaftliche und künstlerische Zwecke vorbehalten soll. Die Regierung ist fertig dagegen.

Ein Antrag Padnide (Dem.) empfiehlt die Erhöhung der für künstlerische und wissenschaftliche Zwecke vorgesehenen besonderen Etatslosten von 100 000 M. auf eine Million Mark für das nächste Etatsjahr, ohne Anlotung der Gesamtsumme für die Rotgemeinschaft der deutschen Wissenschaft.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Vurlage (Z.) und Goegich (Dn.) nimmt der Hauptauschuss den Ausgabeplan von 20 Millionen Mark zur Förderung der von der Rotgemeinschaft der deutschen Wissenschaft verfolgten Zwecke an.

Tagungspläne des Reichstags. Die Länge der Reichstag in seiner nächsten Tagung zusammenbleibt, darüber wird erst am Tage des Zusammentritts, dem 10. Januar, der Ausschussauschuss beschließen. Wahrscheinlich wird Anfang Februar eine größere Pause in den Sitzungen eintreten, um den Abgeordneten Gelegenheit zu geben, ihre Parteien im preussischen Wahlkampf zu unterstützen. Alle bestimmten Datenangaben aber, die jage von verschiedenen Nachrichtenstellen hierzu verbreitet werden, sind, wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, vollkommen verfehlt.

Levi-Däumig, die Opportunisten.

Auf den „Offenen Brief“ der Levi-Däumig-Zentrale antwortet die R.A.P.D. in der „Komm. Arbeiterzeitung“:

Die Forderungen der R.A.P.D. sind opportunistisch, die Mittel, mit denen sie die Aktion durchführen will, sind dagegen überhaupt nicht bezahmet. Und dieses Schweigen ist ein schämmender Opportunismus als alles andere. Dieses Schweigen ist diffidiert von der Absicht der R.A.P.D., sich jeden möglichen Weg offenzuhalten — große Massen unklarer Arbeiter anzuloden, und dann mit ihnen im Laufe der „Aktion“ jede Nachwärtsbewegung mitmachen zu können. Wir wiederholen: eine solche Politik der Halbheit, der bewussten Illusionsjäherei machen wir nicht mit.

Mit den Gewerkschaften, den Sozialdemokraten und den Unabhängigen will sich die zielbewusste R.A.P.D. nur vor einem Revolutionstribunal zusammenfinden, um ihnen wegen „Sabotage der Revolution“ den Prozeß zu machen.

Um das Burgenland.

Aus Wien erhalten wir folgende wichtige Nachricht:

Der bisherige ungarische Gesandte in Wien Dr. Grah ist nach Budapest berufen worden, um das Ministerium des Reichs zu übernehmen. Damit ist deutlich dargelegt, daß die ungarische Regierung in der nächsten Zeit ihre ganze auswärtige Politik auf den Kampf um die Behauptung Deutschösterreichs, das nach dem Friedensdiktat zu Deutschösterreich kommen muß, konzentriert will. An die Budapestener Blätter ist die Weisung ergangen, nunmehr hauptsächlich mit dem Argument auf die Emence zu wirken, daß die Abtretung des Burgenlandes eine Stärkung Deutschlands bedeuten würde, weil Deutschösterreich doch nur auf den Anschluß sinne. Man hofft, mit diesem Argument in Paris Eindruck zu machen.

Die Zuspitzung der Aktion gegen Deutschland ist somit sonnenklar; sie hindert aber die ungarische Regierung durchaus nicht, hier in Berlin durch ihren Gesandten die rechtsstehende Presse im ungarischen Sinne zu beeinflussen. Den Erfolg, daß sich die reaktionäre Presse in der westungarischen Frage offen auf die Seite Deutsch-Österreichs gegen Deutschösterreich stellt, dürfte dieses Bemühen allerdings nicht haben, wohl aber kann man wahrnehmen, daß sich gerade diejenigen Blätter, die von nationalistischen Phrasen am dicksten geschwollen sind, in dieser Frage einer gewissen Neutralität befleißigen.

Es zeigt sich auch hier deutlich, daß die reaktionäre Solidarität der nationalen Gemeinschaft vorausgeht und daß sich dort, wo die Interessen der schwarzblauen Internationalen im Vordergrund stehen, das unentwegte Deutschösterreich zurückzieht. Für ein Stückchen Hoffnung auf Erstarben der europäischen Reaktion verzichtet man gern auf einen deutschen Volksstamm!

Massenausritte aus der Landeskirche. In Kiel sind insgesamt 22 000 Personen allein in den 10 Wochen vor Neujahr aus der Landeskirche ausgetreten. Darunter befinden sich einige wenige Personen jüdischen Glaubens und etwa 1 Proz. Katholiken. Der Rest gehörte der evangelisch-lutherischen Kirche an.

Gewerkschaftsbewegung

Friede in der Zigarettenindustrie.

Die Angestellten der Groß-Berliner Zigarettenindustrie waren mit den Firmen wegen Abschluß eines neuen Tarifvertrages in Differenzen geraten, die sich deshalb besonders schwierig gestaltet hatten, weil im Verlauf der Tarifverhandlungen der Arbeitgeberverband sich auflöste. Inzwischen war vom Schlichtungsausschuß Groß-Berlin ein Schiedsspruch gefällt worden, der aber nur zum Teil eine Erfüllung der Forderungen der Angestellten bedeutete. Dennoch hatten die Angestellten diesen Schiedsspruch angenommen. Die Arbeitgeber dagegen hatten ihn abgelehnt. Die Angestellten, die seit vielen Wochen auf die Erledigung ihrer Tarifangelegenheiten warteten, waren in einzelnen Fabriken in den Streik getreten.

Donnerstag waren Vertreter beider Parteien zu neuen Verhandlungen zusammengetreten, um die Möglichkeit eines Ausgleichs zu erörtern. Dieser ist nach vorläufigen Verhandlungen erreicht worden. Der am 5. Januar 1921 gefällte Schiedsspruch bleibt in seinen wesentlichen Teilen bestehen. Die Angestellten im 19. und 20. Lebensjahre werden in die Gruppe der sogenannten „Jugendlichen“ einrangiert, deren Sätze gegenüber dem Schiedsspruch zum Teil noch erhöht wurden. Für die ausgewählten Altersstufen beträgt der Monatslohn 700 M. bzw. 800 M. Die eigentliche Gruppierung beginnt mit dem vollendeten 20. Lebensjahre, während der Schiedsspruch die Gruppierung schon vom vollendeten 18. Lebensjahre ab vorsieht. Einen teilweisen Ausgleich hierfür bietet die Erhöhung der durch den Schiedsspruch festgesetzten monatlichen Grundlöhne. Diese betragen in den 4 Gruppen jetzt 885, 1150, 1410 und 1825 M. in den Anfangsgruppen, hierzu treten jeweils 10 Berufsjahreszulagen von verschiedener Höhe.

Die Hauptfirmen der Branche haben dieses Abkommen unterzeichnet, ebenso die Angestelltenorganisationen. Es ist zu erwarten, daß auch die übrigen Firmen zum Abschluß der endgültigen Verlegung der Differenzen dem Beispiel ihrer Berufskollegen folgen werden. Durch Annahme dieses Abkommens dürfte auch, wie es das Protokoll vorsieht, der Streik beendet sein.

Noch eine kleine Firma.

Eine wirklich vornehme Firma ist die Verlagshandlung Moritz Barckauer, Potsdamer Str. 80a. Der Inhaber bekommt es fertig, einem beliebigen Mann mit zwei Kindern eine Vergütung von 20 M. pro Arbeitstag anzubieten. Dabei wird von ihm ausdrücklich verlangt, daß die vermittelte Zeit zu Lasten des Arbeitnehmers geht und das Engagement verhältnis mäßig gelöst werden kann. Falls der Bewerber mit diesen fälschlichen Voraussetzungen einverstanden ist, kann der Eintritt sofort erfolgen.

Wir machen unsere Leser darauf aufmerksam, daß auch diese Firma unter den allgemeinen verbindlich erklärten Tarifvertrag des Buchhandels fällt und daß jeder dort Beschäftigte Anspruch auf tarifmäßige Bezahlung hat.

Zentralverband der Angestellten. Sektion: Buchhandel.

Ein Kommunistenstreik.

In der „Dresdener Volkszeitung“ lesen wir folgende ergötzliche Geschichte:

Weil die „Chemnitzer Volksstimme“ die folgenden werten kommunistischen Forderungen in Hienburg schwarz verurteilt und dabei aus dem Ausdruck „Revolutionäre der weißen“ gebraucht hatte, traten die bei der Allgemeinen Bauernoffenschaft in Chemnitz beschäftigten kommunistisch gesinnten Bauarbeiter in einen Proteststreik. Sie forderten zu Verhandlungen das Erscheinen zweier Redakteure, die nämlich für die langjährige Forderung abtun könnten. Nach einigen Stunden monten auch diese Kommunisten bei der Bauernoffenschaft das Eintreffen ihres Beginnens eingeleitet haben; sie nahmen die Arbeit wieder auf, forderten aber die Bezahlung der Streikzeit aus der Kasse der Bauernoffenschaft. Damit werden sie offensichtlich ebensoviele Märd haben wie mit ihrem unfürsorglichen Streikstreik überhaupt. Der Sozial zeigt aber, zu welchen Tünderen die Kommunisten fähig sind.

Verhärterung des Leipziger Metallarbeiterstreiks.

Die Lage im Streik der Leipziger Metallarbeiter hat nach den „V.R.“ eine Verhärterung erfahren. Die Auswertung von 50 Proz. der in den Betrieben beschäftigten Arbeitnehmer soll nicht erst am 18. Januar, sondern sofort vorgenommen werden. Die Streikhauptmannschaft ist zurzeit bemüht, Verhandlungen zwischen den beiden Parteien herbeizuführen.

Die englischen Eisenbahnen und die Arbeitslosenkrise.

Aus London meldet die M., daß der Vollzugsausschuß der englischen Eisenbahnerverbände eine Sitzung abhielt, um die Lage des Eisenbahnpersonals im Zusammenhang mit der Arbeitslosenkrise zu besprechen. Zur Diskussion standen die wichtigen Fragen der verkürzten Arbeitszeit und des verminderten Lohnes. Der Ausschuß kam zu der Ansicht, daß die Regierung gegenwärtig nicht das Recht habe, derartig einschneidende Maßnahmen im Staatsbahnbetrieb einzuführen und daß sie zunächst den Arbeitsvertrag kündigen müsse. Bis jetzt sind nur Hilfsarbeiter von den Maßnahmen betroffen, während das ständige Personal zu den alten Bedingungen arbeiten kann. Nur einige wenige Entlassungen seien verfügt worden. Da aber die Arbeitslosigkeit auch auf den Bahnbetrieb einwirken kann, wird der Vollzugsausschuß im Laufe dieser Tage eingehende Besprechungen abhalten, um die bei einem plötzlichen Anschwung

der Lage zu ergreifenden Maßnahmen rechtzeitig beschließen zu können. Die Arbeiter des Arsenals von Woolwich erklärten, den Verfügungen der Regierung nachkommen zu wollen, wenn trotz der verminderten Arbeitszeit der Lohn auf der früheren Höhe bleibe.

Polen vor einem Eisenbahnerstreik?

In der polnischen Presse tauchen, nach einer „Dena“-Meldung, in letzter Zeit neue Anzeichen für einen Eisenbahnerstreik in Polen auf. So meldet aus Warschau der „Pala Kurier“, daß im Verband der Eisenbahner Verhandlungen stattfinden über das Vorgehen des Vollzugsausschusses des Verbandes in der Frage der Nichterfüllung der dem Verband nach dem letzten Streik gegebenen Versprechungen. Die Eisenbahner behaupten, daß die Hälfte dieser Zulagen nicht erfüllt wurde, obwohl der letzte Termin zur Erfüllung aller Verpflichtungen am 1. Januar abgelaufen sei. Die Eisenbahner befürchten, daß die befristeten Verpflichtungen sich in irrtümliche Versprechungen umwandeln könnten. Sie klagen ferner darüber, daß die Regierung seit September die ihnen zustehenden 2000 Waggons Getreide nicht geliefert habe, daß in vielen Ortschaften die Eisenbahnen vor den Feiertagen und auch jetzt tagelang weder Brot noch Druck noch Deparatföhlen erhalten hätten. Alles dies erbittert die Eisenbahner.

Die Angestellten der Margarine-Industrie und des Margarine-Großhandels

hatten, wie uns vom Zentralverband der Angestellten geschrieben wird, im November v. J. ihre Organisationen beauftragt, mit den Arbeitgebern wegen Abschluß eines Tarifvertrages zu verhandeln. Da bisher ein Arbeitgeberverband dieser Branche nicht gebildet wurde, wurden die Herren Arbeitgeber vom Zentralverband der Angestellten einzeln zu gemeinsamer Verhandlung eingeladen. Doch weder der erste noch der zweite Einladung leisteten die Arbeitgeber Folge und beachteten ihr Nichterscheinen mit so fadenheuligen Ausreden, daß die Angestellten nunmehr den Verband beauftragt haben, unverzüglich den Schlichtungsausschuß anzufragen. Sollten die Herren Arbeitgeber auch vor dem Schlichtungsausschuß solche Märd machen, so wird ihnen der Kampf der Angestellten zeigen, daß diese nicht mehr an der alten, „patriarchalischen“ Verhältnis fortbestehen zu lassen.

Der österreichische Poststreik.

Wien, 13. Januar. (Eigener Transparenz des „Vorwärts“.) Der Streik ist nahezu vollständig. Von den 300 Postämtern sind nur etwa 20 von den amtlichen Angestellten in Betrieb gehalten, und diese kommen nur von der „Frontkämpfervereinsung“ (Öffiziere) besetzt. Damit Streikposten nicht einreisen können. Heute hat sich die Regierung endlich entschlossen, auf 4 Uhr nachmittags Verhandlungen anzusetzen, und für 9 Uhr abends war ein Kabinettsrat einberufen.

Aum Konflikt bei Porsche u. Co. nimmt heute der Schlichtungsausschuß Stellung. Er wird eine Entscheidung darüber fällen, ob die Betriebsleitung berechtigt war oder nicht. Nachmittags 8 Uhr findet in der Kasse, Al-Platz 47-48, eine Betriebsversammlung zur Entgegennahme der Entscheidung des Schlichtungsausschusses statt.

Wirtschaft

Die Valutabewegung.

Der Stand der deutschen Mark hat sich im Laufe des neuen Jahres etwas gebessert. Man zahlte am 3. Januar für einen Dollar 74,12 am 12. Januar dagegen nur 68,18 M. Ähnlich war die Auswertung bei den übrigen fremden Zahlungsmitteln. In nachstehender Tabelle vergleichen wir die Friedensumrechnungskurse mit dem besten Stand, den die deutsche Mark gegenüber den fremden Werten im vorigen Jahre gehabt hat, und stellen ihnen die wichtigsten Notierungen dieses Jahres gegenüber.

Es listeten an der Berliner Börse:		Friedens-	Umsatz-	8. Jan.	8. Jan.	12. Jan.	13. Jan.
		parität	1920			1921	
100 Holl. Guld.	170	4200	23,2,85	2305,15	2267,70	2234,70	
100 Schweiz. Fr.	80	1800	113,85	1109,85	1088,90		
1 Dollar	4,20	103,25	74,42	72,12	68,18	69,68	
100 Österr. Kr.		39,50	17,03	15,28	14,73	13,68	
abgetempelt	85						
100 schwed. Kr.		104,-	81,77	81,77	81,45	81,77	

Aus der Tabelle geht hervor, daß die Aufwärtbewegung der Mark gestern wieder einem leichten Rückschlag gewichen ist — die fremden Wechsel waren wieder etwas teurer. Dieser Rückschlag des Markwertes wird mit dem französischen Kabinettswechsel in Zusammenhang gebracht. Er hat aber das Gesamtbild nur wenig beeinflusst.

Gegenüber den führenden Geldsorten der Kriegsgewinnerstaaten, die in dem ersten Teil der Tabelle dargestellt sind, zeigt der zweite Teil die Entwicklung der valutawaden Zahlungsmittel. Während die Tschechoslowakei ihren Kursstand in diesem Jahre noch einigermaßen halten konnte, bewegt sich der Wechselkurs Deutschösterreichs, das unter dem Frieden von St. Germain zum Bettler geworden ist, weiter abwärts.

Freigabe der Tabakeinfuhr?

Der wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates vernahm eine Anzahl von Sachverständigen, Arbeitgeber und -nehmer, den Reichsoberkommissar der Außenhandelsstelle und Mitglied des Vertrauensausschusses.

Die Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft wurde als unmöglich bezeichnet, da sie vom illegitimen Handel tatsächlich längst durchbrochen ist und nur noch eine schwere Belastung und Belästigung für den legitimen Handel darstellt. Die Kontingentierung hindere die Firmen, sich bei guter Konjunktur auf dem Weltmarkt einzubeden zu können, so daß sie später an ausländische Zwischenhändler Buchpreise zahlen müßten. Auch seien die Firmen, die beinahe ausschließlich Auslandstabake verarbeiten, im Nachteil gegenüber denen, die inländischen verarbeiten, der völlig frei ist. Die Arbeitnehmer wiesen besonders darauf hin, daß der Fortbestand dieser durchlöchernten Zwangswirtschaft Krisen ihrer Industrie unvermeidlich sein würden, die wieder viele tausend Arbeiter erwerbslos machen könnten.

Von der Regierung wie von verschiedenen Mitgliedern wurde dagegen geltend gemacht, daß die Freigabe der Einfuhr für Anschläge zur Folge haben werde, wodurch nicht nur die Wirtschaft geschädigt werde, da Geld für eine ohne nennenswerten Ausfuhrgegenwert eingeführte Ware nach dem Ausland abfliehe und die Valuta senke, sondern auch ein schlechter Eindruck draußen erweckt werden könne, da Tabake doch keine Luxusware sei, während uns lebenswichtigere Dinge fehlten.

Die Mehrheit des Ausschusses war indessen der Ansicht, daß das Bedürfnis der deutschen Raucher so oder so befriedigt werden würde, sei eine Bewirtschaftung, die nur den ausländischen Handel beschränke, den illegitimen aber nicht erfassen könne, ganz unerwünscht. Bei freier Wirtschaft sei eher die Gewähr dafür gegeben, daß der legitime Handel den Hauptverlehr an sich ziehe und der Staat doch wenigstens Zoll und Steuer erhalte. Das

Gutachten

wurde also dahingehend abgegeben, daß die freie Einfuhr von Rohstoff zugelassen und die Befreiung der Verarbeitungskontingentierung und aller zwangswirtschaftlichen Organisationen der Tabakindustrie einschließlich der Außenhandelsstelle vorzunehmen ist.

Der Dividendenstreik bei Banken. Die Barmer Creditbank schlägt ihren Aktionären eine Dividende von 10 Proz. und dazu einen Bonus von 5 Proz., insgesamt also 15 Proz. gegen 9 Proz. im Vorjahr vor. Außerdem soll das Kapital um 7 auf 14 Millionen Mark erhöht werden, wobei die neuen Aktien zu einem Preis von 120 Proz. an die Aktionäre veräußert werden sollen. — Die bereits erwähnte Bayerische Disconto- und Wechselbank A.-G. in Nürnberg bringt aus einem annähernd vertriehten Reingewinn 8 Proz. gegen 6 Proz. im Vorjahr in Vorschlag.

Soziale Bauwirtschaft. Unter diesem Titel erscheint eine vom Verband Sozialer Bauvertriebe herausgegebene, von Dr. Ing. Martin Wagner verantwortliche Zeitschrift, deren erste Nummer nunmehr vorliegt. Aus ihrem Inhalt sind besonders bemerkenswert eine Abhandlung über den Zementmörtel, der die Preispolitik der Zementindustrie stark trifft. In der Nummer werden ferner Aufgaben zur Auslese geeigneter Betriebsleiter gestellt, deren beste Lösungen zu einer Teilnahme an den besonderen Ausbildungsfürzen für Betriebsleiter unter Erstattung oder aber eines Teiles der Kosten berechnen.

Elektrizität A.-G. vormals Schuckert u. Co., Nürnberg. Für das am 31. Juli 1920 abgelaufene Geschäftsjahr wird ein Reingewinn von 7,22 Millionen Mark gegen 6,87 Millionen Mark im Vorjahr nachgewiesen, wovon 5,28 Millionen Mark für Zinsen an den Unterstufungsfonds und auf die Tantieme entfallen. Für das Geschäftsjahr 1920, das nur die Monate August und September umfaßt, wird ein Reingewinn von 1,84 Millionen Mark errechnet, von denen nach den Abzügen für Tantieme und für den Unterstufungsfonds 1,52 Millionen Mark verbleiben. Der Dividendenvorschlag entspricht 9 Prozent für das Geschäftsjahr 1919/20 und 10 Prozent für das Zwischengeschäftsjahr, wenn man für das letztere die Ausschüttung auf ein volles Jahr umrechnet. Die vorjährige Ausschüttung betrug 8 Prozent.

Aus der Partei.

Die Kandidatenliste für Hessen-Raffau wird von folgenden Genossen geführt: Hauke, Bittich, Lina Ege, Gaele, Grzesinski, Weber, Schreiber, Strund, Rohl, König.

Verantwortl. für den redakt. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Wiedt, Berlin. Verlag: Friedrich-Werlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Buchdruckerei u. Verlagsanstalt „Vost“ Singer u. Co., Berlin. Einheitsz. 1. Viertel.



General-Vertreter für Groß-Berlin und Brandenburg: Ernst Moritz, Charlottenburg, Kaiserdamm 114. Telefon: Amt Wilhelm Nr. 4948 und 4947.

Morgen Sonnabend

beginnt unser
Inventur-

Ausverkauf

Stiller

Man beachte unsere Schaufenster-Auslagen



MASSARY

BERLINS POPULÄRSTE ZIGARETTENMARKE!